

## Wochenrückblick zum 23.4.2002

### Inhaltsverzeichnis

#### Landtagswahl am 21.4.2002

- Ergebnisse
- Kommentare und Reaktionen auf das Wahlergebnis, Wahlanalysen
- Ausblick auf die Bundestagswahl

#### Ergebnisse

##### Vorläufiges amtliches Endergebnis

Partei	Ergebnis/Zweitstimmen	Mandate im Landtag
CDU	37,3 (plus 15,3)	48 (plus 20)
PDS	20,4 (plus 0,8)	25 (gleichbleibend)
SPD	20,0 (minus 15,9)	25 (minus 22)
FDP	13,3 (plus 9,1)	17 (plus 17)
Schill-Partei	4,5 (plus 4,5)	./.
Bündnis 90/Die Grünen	2,0 (minus 1,2)	./.

#### Kommentare und Reaktionen auf das Wahlergebnis, Wahlanalysen

##### FDP-Nahaufnahme: Hitliste Landtagswahl 2002

	Erststimmen	Zweitstimmen	Differenz E/Z	Erststimmen: Veränderung gegenüber 1998	Zweitstimmen: Veränderung gegenüber 1998
Lutz Franke Wk 1 Salzwedel	13,8	14,1	-0,3	9,8	11,2
Alfred Fischer, Wk 2 Gardelegen-Klötze,	10,5	11,2	-0,7	1,0	6,3
Bausemer, Arnold Wk 3	8,0	10,7	-2,7	4,0	7,7
Stefan Thurmann, Wk 4 Stendal	8,2	11,4	-3,2	3,8	8,5
Rolf Meyer, Wk 5 Genthin	10,9	11,4	-0,5	5,6	7,9
Wolfgang Rauls, Wk 6 Burg	17,4	14,5	2,9	12,3	10,3
Burkhard Pein, Wk 7 Haldensleben	11,0	10,5	0,5	5,5	6,9
Franz-Ulrich Keindorff, Wk 8 Wolmirstedt	18,5 <b>Platz 2 im Wk</b>	16,2	2,3	14,2	11,6
Uwe Schrader, Wk 9 Oschersleben	16,5	13,0	3,5	8,7	8,6
Lydia Hüskens, Wk 10 Magdeburg I	14,7	13,7	1,0	11,6	11,1
Gabriele Schuster, Wk 11 Magdeburg II	14,2	15,0	-0,8	10,4	12,1
Karl-Heinz Paqué Wk 12 Magdeburg III	20,9 <b>Platz 3 im Wk</b>	16,0	4,9	16,7	12,6
Steffen Krausnick, Wk 13 Magdeburg IV	16,1	16,5	-0,4	12,2	13,4
Holger Franke, Wk 14 Magdeburg V	14,5	16,3	-1,8	11,0	13,6

Annegret Fricke, Wk 15 Halberstadt	10,9	11,6	-0,7	7,4	8,5
Klaus Bartsch, Wk 16 Blankenburg	11,5	12,0	-0,5	7,4	8,5
Annegret Blohm, Wk 17 Wernigerode	9,2	10,3	-1,1	5,4	6,8
Uwe Rieffenberg, Wk 18 Staßfurt	8,5	10,0	-1,5	2,7	6,5
Christian Giggel, Wk 19 Aschersleben	7,6	9,3	-1,7	2,1	5,4
Horst Rehberger, Wk 20 Schönebeck	11,9	11,7	<b>0,2</b>	7,0	8,0
Johannes Hauser, Wk 21 Wanzleben	10,7	12,9	-2,2	5,6	8,6
Jürgen Bloi, Wk 22 Bernburg	10,0	11,8	-1,8	3,8	7,1
H.-J. Töpel, Wk 23 Köthen	12,2	12,7	-0,5	6,3	8,3
Georg Schwarzer, Wk 24 Zerbst	9,7	12,8	-3,1	2,4	7,8
Burkhard Bader, Wk 25 Roßlau	14,9	14,4	<b>0,5</b>	8,2	9,9
Uwe Branschke, Wk 26 Wittenberg	9,7	10,8	-1,1	4,8	6,2
Volkmar Frahs, Wk 27 Jessen	9,2	10,6	-1,4	3,1	6,7
Siegfried Wentzkat, Wk 28 Dessau I	12,5	14,0	-1,5	6,8	9,5
Wolfgang Drews, Wk 29, Dessau II	11,8	12,0	-0,2	6,9	8,3
Guido Kosmehl, Wk 30 Wolfen	11,2	11,8	-0,6	4,3	7,7
Veit Wolpert, Wk 31 Bitterfeld	12,0	11,7	<b>0,3</b>	5,6	7,5
Reinhard Lukowitz, Wk 32 Quedlinburg	17,6	14,1	<b>3,5</b>	<b>12,6</b>	<b>10,3</b>
Werner Grundmann, Wk 33, Ballenstedt	<b>21,7</b>	15,4	<b>6,3</b>	<b>11,8</b>	<b>10,2</b>
Helmut Qual, Wk 34, Sangerhausen	14,0	13,9	<b>0,1</b>	7,5	8,8
Silke Seifert, Wk 35, Hettstedt	11,3	11,0	<b>0,3</b>	6,1	7,4
Martin Fricke, Wk 36 Eisleben	12,4	12,6	-0,2	7,1	9,3
Hans-Dieter Paul, Wk 37 Saalkreis	16,0	17,0	-1,0	6,9	10,3
Tobias Schreiter, Wk 38 Bad Dürrenberg-Sa.	13,2	15,0	-1,8	6,1	8,9
Anja Hunger, Wk 39 Halle I	15,7	15,7	0,0	<b>10,0</b>	9,8
Friedemann Scholze, Wk 40 Halle II	16,6	17,2	-0,6	8,7	<b>12,0</b>
Cornelia Pieper, Wk 41 Halle III	<b>22,0</b> <b>Platz 3 im Wk</b>	<b>19,1</b>	<b>1,9</b>	<b>15,8</b>	<b>14,4</b>
Gerry Kley, Wk 42 Halle IV	16,8	18,1	-1,3	9,0	<b>13,0</b>
Peter Kehl, Wk 43	16,1	16,5	-0,4	10,3	<b>12,6</b>

Halle V					
Alexander Hofmann, Wk 44 Merseburg	10,1	12,0	-1,9	1,5	7,1
Andreas Hanning, Wk 45 Querfurt	13,7	15,0	-1,3	-4,8	7,8
Adolf Ernst, Wk 46 Nebra	16,2	13,7	<b>2,5</b>	7,8	7,8
Judith Röder, Wk 47 Zeitz	12,6	11,8	<b>0,8</b>	7,8	8,3
Uwe Droese, Wk 48 Naumburg	8,0	11,7	-3,7	2,6	7,3
Norbert Volk, Wk 49 Hohenmölsen-Weiß.	11,4	11,0	0,4	6,5	7,0

Zusammenstellung/Hervorhebungen von HJS.

### **Kommentar - Sachsen-Anhalt bekommt seine dritte Chance**

Von Monika Zimmermann, mz-web.de, 23.04.02

Jetzt ist alles so gekommen, wie es die Kleinmütigen nicht wahrhaben wollten: In Sachsen-Anhalt wird ein klarer Richtungswechsel vollzogen. Von Rot-Rot zu Schwarz-Gelb. Das ist das Beste, was dem Land passieren kann - nicht so sehr wegen der veränderten Farbgebung, sondern wegen des kompromisslosen Einschnitts, den diese Wählerentscheidung bedeutet. Die Stimmung im Land war zuletzt so schlecht, das Selbstvertrauen der Bürger so sehr in den Keller gerutscht, dass nur ein eindeutiger Neuanfang auch neue Hoffnung geben kann.

Der nächste Ministerpräsident heißt Wolfgang Böhmer (CDU). Die stellvertretende Ministerpräsidentin Cornelia Pieper (so die FDP-Generalsekretärin tatsächlich von Berlin nach Magdeburg wechselt). Die Wahl hat eine große Verliererin, die SPD. Dass die Sozialdemokraten nun hinter der PDS nur noch dritte Kraft sind, ist für die bisherige Regierungspartei der Super-Gau. Und bei aller Freude, die Christ- und Freidemokraten über ihren Sieg empfinden mögen, auch sie wissen, dass mit ihrem Stimmenzuwachs hauptsächlich Enttäuschung über die Regierenden zum Ausdruck gebracht wurde. Eine Sprachregelung haben die SPD-Spitzenpolitiker im Bund schon vorgegeben, als sich die Wahlniederlage ihrer Genossen in Sachsen-Anhalt abzeichnete: Als lokales Ereignis will man diesen Erdbeben abtun. Dabei ist es für die Bundestagswahl am 22. September nicht unwichtig, mit welchen Vorgaben die Kontrahenten Schröder und Stoiber in das Rennen um die Kanzlerschaft starten können. Die Bundesratsmehrheit ist für die rot-grüne Koalition dahin. Das Regieren in Berlin wird schwieriger. Dafür haben die Wähler in Sachsen-Anhalt gesorgt.

In Sachsen-Anhalt ist nicht nur ein Ministerpräsident abgewählt worden. In Sachsen-Anhalt ist ein Politikmodell gescheitert. Das "Magdeburger Modell" wurde nicht nur erfunden, um der SPD-Minderheitsregierung durch PDS-Tolerierung die Mehrheit zu sichern. Es sollte auch eine Art dritter Weg sein: Höppner wollte der Ostbefindlichkeit Rechnung tragen und meinte dies durch eine Politik der sozialen Wärme zu erreichen: mehr Krippenplätze, mehr Beschäftigte im öffentlichen Dienst, mehr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Umgekehrt bedeutete dies: größte Verschuldung, höchste Staatsquote, weniger Selbständige. Sachsen-Anhalt geriet in Schieflage und Höppner auf seinem ostdeutschen Sonderweg in die Sackgasse. Es muss tragisch für jemanden sein, der glaubt, das Wohl seiner Landsleute im Auge zu haben, erleben zu müssen, dass gerade diese Landsleute ihm die Quittung reichen: Sie verließen massenhaft das Land und gingen vorzugsweise in Bundesländer, die jene an harten ökonomischen Daten ausgerichtete Politik verfolgen, die Höppner seinen Bürgern ersparen wollte. "Schlusslichtland" - für ein Bundesland, das um eigene Identität ringt - wurde dies eine immer bitterere Etikettierung.

Das Dilemma brachte Höppner auch in der eigenen Partei unter Druck. Den schwersten strategischen Fehler machte die SPD, als sie sich vor dem innerparteilichen Richtungsstreit drückte. Diesen Streit nicht erzwungen zu haben, müssen sich auch die vorwerfen lassen, die die SPD zwar lieber an der Seite der CDU sahen, sich aber nie aus der Deckung wagten. Jetzt müssen sie mit Höppner abtreten, denn der Wähler mochte den Spagat zwischen rot-roter oder großer Koalition nicht mitmachen. Er stimmte entweder gleich für die PDS oder verstärkt für CDU und FDP. Dazwischen wurde die SPD pulverisiert.

Der größte Fehler von Höppner besteht darin, die Zeichen der Zeit nicht erkannt zu haben. Für die Anfangsjahre des stark durch den Transformationsprozess gebeutelten ehemaligen Großindustrielandes mag die Politik der sozialen Absicherung noch vertretbar gewesen sein. Spätestens in der zweiten Legislaturperiode hätte sich die Erkenntnis durchsetzen müssen, dass man

nur verteilen kann, was vorher verdient wird, sprich: die beste soziale Absicherung eine florierende Wirtschaft ist. Deshalb ist es auch keine marginale, sondern die zentrale Frage, welche Wirtschaftspolitik die neue Regierung einschlägt und wer künftig das Amt des Wirtschaftsministers einübt. Denn der vorallem muss dem Land Perspektive geben.

Was Sachsen-Anhalt braucht, ist ein Ruck, der nach außen, aber auch nach innen wirkt. Denn das Land braucht das Vertrauen von Investoren, die nicht gerade vor der Landesgrenze Schlange stehen und jetzt kommen, nur weil die Regierung gewechselt hat. Das Land braucht vor allem das Vertrauen der eigenen Bürger. Sie müssen wieder das Gefühl bekommen, nun lohne es, zu bleiben, auch wenn sich unter neuer Führung der Erfolg nicht über Nacht einstellt. Zwölf Jahre nach der Wende bekommt Sachsen-Anhalt seine dritte Chance. Nach verstopfem Anfang und rückwärts gewandten rot-roten Experimenten muss jetzt vor allem eines passieren: Es muss vorangehen.

#### **Kommentar: Stillos**

volksstimme.de, 23.04.2002

In Sachsen-Anhalt sind schon mehrere Ministerpräsidenten zurückgetreten. Der erste - Gerd Gies - gab sich nach stundenlanger Debatte in der CDU-Fraktion abends nach 21.30 Uhr geschlagen und verkündete zähneknirschend seine Entscheidung. Der nächste - Werner Münch - verlas mittags eine Erklärung über den kollektiven Rücktritt seiner Mannschaft. Der dritte - Christoph Bergner - wurde von den Ereignissen überrollt. Reinhard Höppner kungelte mit der PDS und regierte fortan acht Jahre ohne Mehrheit.

Nun hat es die Sozialdemokraten selbst erwischt. Doch was machen die Spitzenverlierer von der SPD? Höppner speist das Wahlvolk mit einer kurzen Erklärung ab, lässt seine Minister im Regen stehen und zieht sich schmollend zurück. Landeschef Fikentscher lässt eine Nacht vergehen, um dann über eine Nachrichtenagentur bekannt zu geben, dass er für den Parteivorsitz nicht mehr kandidieren will. Keiner stellte sich der öffentlichen Nachfrage. Es bleibt ein schaler Nachgeschmack. Pressestimmen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

#### **"Hauch von Wechselstimmung"**

**Düsseldorf (rpo). Pressestimmen zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.**

#### **"Die Welt"**

Was lehrt uns Sachsen-Anhalt? Zwei Dinge: Zum einen steckt die Sozialdemokratie in einer viel schlechteren Lage als viele dachten. Nicht nur die Skandale nagen am Selbstwertgefühl; man hat sich vor allem im eigenen Rollenspiel verheddert. In ihren heiklen Bündnissen mit Grünen und Kommunisten wirkt die SPD merkwürdig seelenlos. Da ihr das linke Traditionsherz aus dem Leibe gerissen wurde, ist das emotionale Charisma dahin. Wahrscheinlich fehlt der SPD ein Oskar Lafontaine viel mehr als man ahnte. Zum anderen formiert sich wieder so etwas wie ein bürgerliches Lager als politische Gestaltungsmacht. Fünf Monate vor der Bundestagswahl weht ein Hauch von Wechselstimmung durchs Land.

#### **"Rheinische Post"**

Zum guten Teil ist Magdeburg eben doch Berlin und alles andere als ein lokaler Unfall. Als Modernisierungskanzler holte Schröder die entscheidenden Swing-Stimmen im bürgerlichen Lager und im Osten. Nun zeichnet sich ab, dass Bürgerliche wieder bürgerlich wählen und der Osten statt des bloß verbände-solidarischen West-Imports SPD lieber das linke Original, die Heimatpartei Ost: die PDS.

#### **"Kölner Stadt-Anzeiger"**

Vor acht Jahren leitete die Magdeburger Wahl den Abstieg Rudolf Scharpings als Kanzlerkandidat ein. Magdeburg galt als Modell. Die Sozialdemokraten sind mit ihm gescheitert. Profitiert hat davon allein die PDS. Sie ist im Osten der Republik zu einem festen Faktor geworden. Damit haben die Sozialdemokraten ihre eigene Mehrheitsfähigkeit in den neuen Ländern verloren. Wenn sie keine großen Koalitionen bilden, kommen sie an der PDS nicht mehr vorbei. Berlin wird die nächste Nagelprobe für die SPD: Auch hier hat ein eher schwacher sozialdemokratischer Regierungschef mit Gregor Gysi einen populären und intelligenten PDS-Politiker an seiner Seite.

#### **"Neue Osnabrücker Zeitung"**

Fünf Monate vor der Bundestagswahl war es nicht anders zu erwarten, dass die Union sich nun in starkem Aufwind für die Entscheidung am 22. September sieht, die SPD aber das ganze Magdeburger Desaster als regionales Ereignis klein redet. Die Wahrheit liegt wie so oft in der Mitte: Für die CDU ist der wichtigste Hinweis für die Bundestagswahl, dass ihr eindeutig die stärkste Kompetenz für eine Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zugetraut wird, dass sie ihre größten Zuwächse bei

Arbeitnehmern und Arbeitslosen erzielte. Die SPD baut dagegen weiter auf das Ansehen Gerhard Schröders, der bei den Umfragen erheblich vor Edmund Stoiber liegt. Vorsprung bei der Kompetenz oder bei der Popularität, Sache oder Persönlichkeit - das wird jetzt umso mehr zur entscheidenden Frage beim Kampf um die Macht an der Spree werden.

#### **"Badische Zeitung" (Freiburg)**

Trotzdem hat der Wahlausgang nicht nur mit Reinhard Höppner zu tun. Gescheitert ist zugleich das Magdeburger Modell. Rot-Rot light wird offenbar nichts mehr zugetraut. Besonders bitter ist das für die SPD. Denn sie vor allem zahlt die Zeche für die Zusammenarbeit mit der PDS, die selber keine Verantwortung schultern musste. Die SED- Erben sind fein heraus und blicken der Bundestagswahl froh entgegen. Davon kann bei der SPD keine Rede mehr sein, obwohl die Verhältnisse von Sachsen-Anhalt sicher nicht auf die Bundesrepublik übertragbar sind. Selbst wenn die Union bloß von Höppners Schwäche profitiert hat: Ihr Kandidat Stoiber wird das Ergebnis als Stimulanz zu nutzen suchen. Wie auch die FDP ihren Höhenflug vermarkten dürfte - als scheinbaren Beweis dafür, dass das 18-Prozent-Luftschloss im Bund durchaus erreichbar sei.

#### **"Sächsische Zeitung" (Dresden)**

Eines hat sich gestern im Übrigen bestätigt: Im Vergleich zum Westen sind die Parteibindungen in Ostdeutschland - mit Ausnahme der PDS - nur schwach ausgeprägt. Die Wähler im Osten sind launenhaft, die Schwankungen von einer Wahl zur anderen enorm. Wenn eine Partei nicht innerhalb kurzer Zeit den Erwartungen entspricht, wird sie beim nächsten Mal prompt abgestraft. Das sollte sich der eine oder andere Politiker, der im Wahlkampf mit vollmundigen Versprechungen von sich reden macht, hinter die Ohren schreiben.

### **Der Gott und das Mädchen - In Magdeburg muss sich Wolfgang Böhmer jetzt mit Cornelia Pieper und anderen Ehrgeizigen arrangieren**

Von Thomas Maron (Magdeburg), Frankfurter Rundschau 23.4.02

"Böhmer ist Gott", schreit der nicht nur von Freude trunkene CDU-Anhänger im Maritim-Hotel. Eben ist der künftige Ministerpräsident Sachsen-Anhalts auf der Wahlparty eingetroffen, tosender Applaus umfängt den 66-jährigen Sieger, man ist wieder wer in Magdeburg, nach acht dünnen Jahren, hat die rot-rote Macht gebrochen, die noch vor einem halben Jahr unschlagbar schien. Böhmer tritt an die Mikrofone, spricht zu den Seinen, dankt für die Unterstützung und sagt: "Wenn es uns nicht gelingt, bis Ende des Jahres Zeichen zu setzen, dann haben wir alles verloren, was wir heute gewonnen haben."

Besser hätte er den Erwartungsdruck nicht formulieren können, der auf der von ihm zu bildenden Regierung lasten wird. Der ehemalige Chefarzt weiß, dass im Osten, dem Land der Wechsel- und Nichtwähler, keine Dynastien gewählt werden, sondern Polit-Dienstleister. Und die CDU-Gewinner haben den Sachsen-Anhaltern, freilich ohne Konkretes zu versprechen, ein unerhörtes Angebot unterbreitet, das sich in zwei Sätzen zusammenfassen lässt: "Weg mit den Roten Laternen" und "Wir werden das Kind schon schaukeln". Folglich dürfen die Menschen annehmen, mit ihrer Stimme bei der CDU eine Überraschungsreise in eine bessere Zukunft gebucht zu haben, "all inclusive", versteht sich. Lange feiert Böhmer nicht. Ein Bierchen im Stehen, der persönliche Dank an Ex-Bahnchef Johannes Ludewig, der als Wirtschaftsexperte in Diensten der Union unermüdlich durchs Land tourte, dann überlässt er die Feiern den dem Glück des Augenblicks und zieht sich mit seiner Lebensgefährtin zurück.

Bevor regiert wird, muss Böhmer sich mit Cornelia Pieper arrangieren, dem mit großem PR-Aufwand inszenierten neuen Ost-Star der FDP. Die 43-Jährige hat zwar ihr Wahlziel, achtzehn Prozent zu holen und Ministerpräsidentin zu werden, klar verfehlt, aber dennoch durfte sich die Generalsekretärin am Wahlabend zu den Siegern zählen. Sie tat das mit nachgerade Müllemannscher Bescheidenheit: Die FDP habe vor allem wegen einer "sehr klaren Personalisierung" einen erklecklichen Teil der Sahne abgeschöpft. Klar, dass sie da sich selbst meinte.

Böhmer, der sogar inmitten euphorischer Jungunionisten mit Worten wie "Demut" oder "Respekt" auf die Spaßbremse tritt, sind solche Eitelkeiten zuwider. Es heißt, er halte Pieper für ein "freches, vorlautes Mädchen", am Wahlabend stichelte er gegen Pieperschen Größenwahn: "Die Landesvorsitzende der FDP hat gesagt, sie wolle Ministerpräsidentin werden, da könnte es schon schwierig werden."

Pieper ihrerseits bezeichnete den 66-Jährigen wenige Tage vor der Wahl im Gespräch mit der *FR* als "schwachen Kandidaten", als "Auslaufmodell", einen Mann "ohne Ecken und Kanten", nicht vermittelbar in einer Mediengesellschaft. Jetzt wird sie zuallererst sich selbst dem künftigen Regierungschef vermitteln müssen, um den Weg frei zu machen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ein Telefon in jeder Hand, aus jedem Hörer dringen die gleichen Fragen: "Wer wird Minister?" André Schröder, am Morgen nach der Wahl bestens gelaunt, weil selbst als 33-jährige Nachwuchshoffnung der Union neu in den Landtag gewählt, sagt es nicht, deutet an, verweist auf die Sitzungen der Parteigremien. Natürlich sei der bisherige parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion und stellvertretende Landeschef Jürgen Scharf ein "absoluter Kompetenzträger" in Finanzfragen, und selbstredend gelte das Gleiche für die frühere Landwirtschaftsministerin Petra Wernicke in Agrarfragen. Logisch auch, dass der Ex-Minister für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen, Karl-Heinz Daehre, keinen Vergleich zu scheuen brauche. Dann beendet der Noch-Sprecher der Fraktion die rhetorischen Spielchen: "Ich sage Ihnen jetzt die Namen, und ich sage Ihnen die Erststimmenergebnisse, mehr sage ich nicht."

Das Fell des Bären will verteilt sein, und so groß ist es auch wieder nicht, dass alle ein Stück abbekommen können. Schon kommt es zu ersten Rangeleien im bürgerlichen Lager. Hart umkämpft dürfte in dem Bundesland mit der höchsten Arbeitslosigkeit vor allem das Wirtschaftsressort werden. Bernd Reisener, Landesgeschäftsführer der CDU und einer der Wahlkampfstrategen, ist überzeugt, "dass wir das Ressort besetzen werden, weil wir den Menschen das versprochen haben".

Vize-Landeschef Jürgen Scharf baut ebenfalls absehbaren Begehrlichkeiten aus dem liberalen Lager vor. Es sei "kein Naturgesetz, dass die FDP meint, nur sie könne Wirtschaftskompetenz vorweisen". Das Wirtschaftsressort, so Scharf, sei "kein Erbhof" der FDP. Inhaltlich glaube er, schnell mit der neuen Partnerin handelseinig werden zu können, aber personell habe er die FDP, "was Spitzenämter angeht, immer etwas schwierig erlebt". Er selbst, sagt Finanzexperte Scharf diplomatisch, wolle sich nicht an Personalspekulationen beteiligen, sei jedoch bereit, "an der einen oder anderen Stelle Verantwortung zu übernehmen", sollte die Partei ihn rufen.

Johannes Ludewig, laut Böhmer "einer der Väter des Erfolgs", gilt in der CDU als Wunschkandidat für das Wirtschaftsministerium. Dumm nur, dass Helmut Kohls einstigem Mann für den Aufbau Ost am 20. März das Angebot unterbreitet wurde, als Generaldirektor der Gemeinschaft der Europäischen Eisenbahnen einzusteigen. Er wolle sich nach der Wahl entscheiden, ob er nach Brüssel gehe, sagte Ludewig damals. Aus Sachsen ist zu hören, dass er auch dort neuerdings als Kandidat für den Posten des Wirtschaftsministers im Gespräch sei. Der Ex-Bahnchef wollte sich noch nicht zu seiner persönlichen Zukunft äußern, vergaß jedoch vorsorglich nicht zu erwähnen, dass er für die CDU in Sachsen-Anhalt "den wichtigsten Teil des Wahlkampfes inhaltlich abgedeckt" habe.

In der FDP ist man sauer, dass sich im eigenen Lager "der eine oder andere schon als neuer Wirtschaftsminister sieht". Damit werde die CDU nur unnötig verärgert, heißt es intern. Unter Generalverdacht steht im Landesverband der FDP-Vizechef Karl-Heinz Paqué, ein Magdeburger Wirtschaftsprofessor mit dem beachtlichen Erststimmenergebnis von 20,9 Prozent im Rücken. Von der Partei offenbar zur Mäßigung eigener Ansprüche gedrängt, lässt sich Paqué immerhin noch zu dem Satz hinreißen, er habe "sehr konkrete Vorstellungen von der wirtschaftspolitischen Gestaltung im Land". Und wenn über die Ressortaufteilung zwischen Union und FDP verhandelt werde, sei zur Kenntnis zu nehmen, dass die Liberalen mit zwei Schwerpunkten in den Wahlkampf gezogen seien: "Wirtschaft und Bildung".

### **"Sachsen-Anhalt ist die Bundesrepublik im Kleinen"**

#### **Zusammenstellung von Pressekommentaren in der Volksstimme:**

Magdeburg - Ein reges Interesse löste die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt bei deutschen und internationalen Medien aus - Im Mittelpunkt der Kommentatoren stand dabei die Frage: Welche bundespolitischen Auswirkungen hat der Regierungswechsel in Sachsen-Anhalt?

"Kein regionales Wahlergebnis", urteilt die "B.Z." in Berlin. "Sachsen-Anhalt ist zurzeit nämlich nicht mehr und nicht weniger als die Bundesrepublik im Kleinen", schreibt das Blatt. Hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Investitionsraten, hohe Kosten und jede Menge Bürokratie kennzeichnen die Lage.

"Sozialisten haben dagegen, zumal wenn sie mit Kommunisten zusammen regieren, noch nie ein Rezept gehabt", so die "B.Z."

Die "Leipziger Volkszeitung" schreibt: "In wenigen Tagen präsentieren Schröder und Stoiber ihre Reform-Agenda als Wahlprogramm. Sie sollten die Ergebnisse aus dem politisch gesehen ostigen, kleinen Sachsen-Anhalt als Test-Wahl für den Bund nicht missverstehen. Dann hätten sie nicht begriffen, dass die Bürger sehr rational urteilen - enttäuschte Wähler rächen sich immer schneller durch Stimm-Entzug. Übrigens in Hamburg wie in Sachsen-Anhalt."

Auch der "Trierische Volksfreund" sieht Parallelen zur Bundespolitik. "Sachsen-Anhalt steht symbolhaft für die miese Stimmung in Deutschland, für die diffuse Angst vor Arbeitslosigkeit und steigenden Preisen, die viele Menschen bedrückt. Die Union setzt auf diese Karte, und ihre von der

SPD kritisierte ‚Miesmacher-Kampagne‘ ist zwar nicht schön, aber legitim und offenbar erfolgreich“, so die Zeitung.

Der Kommentator der "Frankfurter Allgemeine Zeitung" sieht die Ursachen für den Zustand des Landes vor allem im Versagen der Höppner-Regierung: "Am Sonntag hat die Strategie, Schuld für eigene Fehler und Versäumnisse immer bei anderen zu sehen, das Magdeburger Modell wie ein Bumerang pulverisiert. Unter einem Bundeskanzler, der den ‚Aufbau Ost‘ zur Chefsache gemacht hat, und nach acht Jahren SPD-Politik von Gnaden der SED-Nachfolger erstrahlt das Land nicht im Morgenrot wirtschaftlicher Prosperität, sondern im Rot-Rot des Landes mit der höchsten Staats-, aber der niedrigsten Investitionsquote: Das Ergebnis ist die höchste Arbeitslosenquote."

Der Stimmungstest, den jede Landtagswahl für die Bundespolitik mit sich bringt, sei eindeutig ausgefallen, resümiert die "Berliner Zeitung". "Schröders Wähler sind ausgesprochen schlecht gelaunt. Die Parole, die im Kanzleramt und im Willy-Brandt-Haus am Abend der Niederlage ausgegeben wird, ist eindeutig: Augen zu und durch."

Die in Chemnitz erscheinende "Freie Presse" sieht in der Sachsen-Anhalt-Wahl dagegen nur begrenzt eine bundesdeutsche Bedeutung: "Wegen der vielen landesspezifischen Bedingungen kann dieser Urnengang nicht als Test für die Bundestagswahl angesehen werden. Die Parteien sind nicht so schwach oder so stark, wie es die Magdeburger Zahlen glauben machen. Auch Stoibers Bäume wachsen nicht in den Himmel und Schröder muss nicht in Sack und Asche gehen."

Zum Wahlerfolg der FDP schreibt "Der Tagesspiegel": "Die FDP stilisierte sich mit Cornelia Pieper als forsche Gute-Laune-Truppe und traf damit den neuen Ost-Zeitgeist überraschend genau. Das kann Signalwirkung haben für die anderen Ostländer, zumal die FDP im Aufwind des potentiellen Koalitionspartners, der CDU, segelt."

Die liberale österreichische Tageszeitung "Der Standard" kommentiert in Wien ebenfalls die Sachsen-Anhalt-Wahl. Das Blatt warnt die CDU vor zu großer Euphorie: "Wie die zweistelligen Verluste beziehungsweise Gewinne bei der SPD sowie der CDU und FDP zeigen, sind die Wähler in Ostdeutschland schwieriger zu kalkulieren. Ihre Parteienbindung ist geringer ausgeprägt. Sie strafen auch stärker ab."

Die in London erscheinende "Times" sieht im Wahlergebnis eine verheerende Schlappe für Schröder. Das Blatt kommentiert: "Schröder war schnell dabei, die Wahl als eine lokale Angelegenheit zu beschreiben und damit die Schuld auf den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Reinhard Höppner abzuschieben. Doch die Niederlage ist viel mehr als nur eine lokale Angelegenheit. Sie lässt an der Fähigkeit des Kanzlers zweifeln, bei der Bundestagswahl die Unterstützung der ostdeutschen Wähler zu gewinnen."

**Wie es weiter geht:**

## **Fahrplan bis zur Regierungsbildung**

mdr.de, 22.04.02

Die Verfassung von Sachsen-Anhalt sieht vor, dass der neue Landtag innerhalb von 30 Tagen nach der Wahl zusammentreten muss. Letztmöglichster Termin wäre der 21. Mai. Der neue Ministerpräsident muss danach innerhalb von zwei Wochen bestimmt werden.

Im Augenblick wird allgemein damit gerechnet, dass der CDU-Spitzenkandidat Böhmer mit der Bildung einer Regierung beauftragt wird. Böhmer gehört allerdings dem Landtag nicht als Abgeordneter an. Seine Partei hatte ihn lediglich auf der Landesliste aufgestellt. Da seine Partei bis auf einen Wahlkreis alle gewonnen hatte, konnte kein CDU-Vertreter über die Landesliste in den Landtag einziehen. Für das Amt des Ministerpräsidenten ist ein Landtagsmandat aber nicht vorgeschrieben. An Abstimmungen kann er sich aber zwangsläufig nicht beteiligen.

### **Ministerpräsident benötigt nicht unbedingt die absolute Mehrheit**

Der neue Ministerpräsident muss mit der absoluten Mehrheit der Stimmen gewählt werden. Gelingt das im ersten Wahlgang nicht, kann innerhalb einer Woche eine zweite Wahl angesetzt werden. Kommt auch hier kein Bewerber auf die absolute Mehrheit der Stimmen, muss der Landtag innerhalb von vierzehn Tagen über seine vorzeitige Auflösung befinden. Entscheidet sich der Landtag gegen

eine solche Auflösung, muss sofort ein dritter Wahlgang stattfinden. Hier würde die einfache Mehrheit für die Wahl zum Ministerpräsidenten genügen.

Artikel 65 der Landesverfassung legt weiter fest: "Der Ministerpräsident ernennt und entlässt die Minister und bestimmt seinen Stellvertreter." Die Minister legen vor dem Landesparlament lediglich den Amtseid ab. In Artikel 68 heißt es zu den Kompetenzen des Ministerpräsidenten: "Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Regierungspolitik und trägt dafür die Verantwortung."

## **CDU und FDP machen Tempo - Morgen Koalitionsgespräche**

volksstimme.de, 23.04.02

Magdeburg - Nach der gewonnenen Landtagswahl wollen CDU und FDP schnell zur Sache kommen - Der designierte Ministerpräsident Wolfgang Böhmer bot der FDP-Landesvorsitzenden Cornelia Pieper Verhandlungen über eine Regierungsbildung an. Morgen sollen erste Koalitionsgespräche beginnen. "Wir werden eine ordentliche Koalition mit der FDP hinbekommen", zeigte sich Wolfgang Böhmer gestern Abend nach einer Sitzung des CDU-Landesvorstandes zuversichtlich. "Wir wollen zielstrebig beginnen, einen Koalitionsvertrag vorzubereiten." Er erklärte, es gebe "nur wenige strittige Punkte" mit den Liberalen. Eines müsse aber klar sein: "Das Land braucht nur einen Ministerpräsidenten, und den stellt die größte Fraktion."

FDP-Generalsekretärin Cornelia Pieper hatte zuvor ihren Anspruch auf das Amt der Ministerpräsidentin bekräftigt. Böhmer entgegnete: "Meine Langmut ist groß, unbegrenzt ist sie aber nicht."

Böhmer verkündete die ersten Personalien. Rainer Robra, unter der CDU/FDP-Regierung (1990 bis 1994) Staatssekretär im Justizministerium, soll Chef der Staatskanzlei werden - im Rang eines Staatsministers. Zudem werde er der neu formierten Landtagsfraktion vorschlagen, Jürgen Scharf zum Fraktionsvorsitzenden zu wählen, fügte Böhmer hinzu.

Die Landes-SPD will indes auf einem vorgezogenen Landesparteitag am 14./15. Juni einen neuen Landesvorsitzenden wählen. Parteichef Rüdiger Fikentscher sagte gestern, dass er - wie bereits vor längerem festgelegt - nicht noch einmal als Parteivorsitzender zur Verfügung stehe. Nach dem Wahlergebnis sei die Stimmung schlecht. "Wir blicken aber nach vorn und werden uns personell und inhaltlich neu aufstellen", sagte Fikentscher. Zur Möglichkeit einer Kandidatur des jetzigen Parteivize Manfred Püchel sagte er, es werde mehrere Vorschläge geben. "Sicher wird auch Manfred Püchel vorgeschlagen werden."

Vertreter der PDS-kritischen Neuen Mitte in der SPD wie Magdeburgs Ex-Oberbürgermeister Willi Polte forderten gestern, dass Püchel Fraktions- und Parteivorsitz übernehmen solle. Der Juso-Stadtvorstand Magdeburg erklärte, der SPD-Landesvorstand müsse sofort geschlossen zurücktreten. Derweil beansprucht die PDS in Sachsen-Anhalt gegenüber der SPD die führende Rolle in der Opposition. "Da entscheidet das bessere Torverhältnis", sagte die PDS-Fraktionschefin Petra Sitte gestern Abend nach einer Landesvorstands-Sitzung in Magdeburg. Sie spielte damit auf den knappen Vorsprung von 0,4 Prozentpunkten an, den die PDS bei der Landtagswahl auf die SPD erzielt hat. PDS-Landeschefin Rosemarie Hein appellierte an die SPD, sich auf "linke Positionen" zu besinnen. Ansonsten drohe sie im Osten eine Minderheitenpartei zu werden.

Als erste der vier Landtagsfraktionen kamen die 17 Abgeordneten der Liberalen gestern zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Sie wählten Cornelia Pieper einstimmig zur Fraktionsvorsitzenden. Die 43-jährige Hallenserin wertete das einstimmige Ergebnis als klares Votum, die Zügel bei den Verhandlungen mit der CDU "fest in der Hand zu halten". Als Landes- und Fraktionsvorsitzende könne sie gestärkt in die Gespräche gehen, sagte Pieper weiter. Spekulationen über Ministerposten lehnte sie ab.

## **Magdeburg: Böhmer will 13. Schuljahr abschaffen**

Zwischen CDU und FDP zeichnet sich Streit um Landesbank ab

### **AFP-Meldung**

Sachsen-Anhalts designierter Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) hat erste Vorhaben seiner künftigen Regierungspolitik genannt. Er wolle das 13. Schuljahr abschaffen und die Gebietsreform stoppen, sagte Böhmer der in Halle erscheinenden "Mitteldeutschen Zeitung". Zugleich kündigte er an, die von der bisher regierenden SPD eingeführte Grundschule mit festen Öffnungszeiten, die eine Betreuung der Schüler bis zur vierten Klasse festlegt, künftig auf eine freiwillige Basis zu stellen. Ferner will Böhmer die Zahl der Ministerien von acht auf maximal sieben reduzieren.

Unterdessen zeichnen sich vor Beginn der Sondierungsgespräche zwischen CDU und FDP über die Bildung einer gemeinsamen Regierung mögliche Knackpunkte ab. FDP-Spitzenkandidatin Cornelia Pieper bekräftigte in der "Super Illu" die Forderung ihrer Partei nach einem Ausstieg Sachsen-Anhalts aus der Norddeutschen Landesbank (Nord-LB). Nach Auffassung der Liberalen soll stattdessen eine landeseigene Investitionsbank gegründet werden. Böhmer lehnt dies allerdings ab. Außerdem wollen die Liberalen nach Informationen der Zeitschrift mindestens drei Ministerien für sich beanspruchen, darunter Wirtschaft und Bildung.

CDU und FDP wollen am Mittwoch in Magdeburg mit Gesprächen beginnen, um Gemeinsamkeiten für eine Regierung auszuloten. Böhmer hatte bereits klargestellt, dass die CDU als stärkste Fraktion auch den Ministerpräsidenten stellen müsse. Auch Pieper hatte Ansprüche auf den Posten des Regierungschefs angemeldet.

### **Böhmer im Interview: "Wir werden die Gebietsreform stoppen"**

[www.mdr.de](http://www.mdr.de), 21.02.02

**Bis Ende dieses Jahres müsse die CDU deutliche Zeichen für den Wandel in Sachsen-Anhalt setzen, sonst sei das Vertrauen der Wähler verspielt. Mit dieser Äußerung hat sich der designierte Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) bereits am Wahlabend ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. MDR ONLINE sprach mit Böhmer.**

**MDR ONLINE: Herr Böhmer, in Ihrer Rede auf der CDU-Wahlparty haben Sie gesagt: "Wenn es uns bis Ende dieses Jahres nicht gelingt, Zeichen für den Wandel zu setzen, dann haben wir alles verspielt, was wir uns heute vorgenommen haben." Was wollen Sie bis Ende dieses Jahres an Veränderung erreichen?**

**Böhmer:** Wir können keine Wunder vollbringen. In diesem Jahr werden wir eine kommunale Investitionszuschuss zur Verfügung stellen, damit Fördermittel abfließen können und Aufträge an die mittelständischen Handwerksbetriebe vergeben werden können. Und wir werden die Gebietsreform stoppen. Das heißt, dass wir einige der Vorschaltgesetze rückgängig machen werden. Wir werden außerdem mit der Arbeitsverwaltung sprechen, denn in Sachsen-Anhalt dauert die Vergabe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen länger als in anderen Bundesländern. Da müssen wir etwas bewegen.

**Welche politischen Schwerpunkte werden Sie mit Ihrer Regierung in den kommenden vier Jahren setzen?**

Unsere Hauptaufgabe wird die Belebung der Wirtschaft sein, damit neue Arbeitsplätze im Land geschaffen werden. Alles andere muss sich diesem Hauptaspekt unterordnen.

**Sie haben angekündigt, in den nächsten Tagen mit der FDP Gespräche über eine Koalition führen zu wollen. Wo sehen Sie die Knackpunkte bei der FDP?**

Ich will keine Knackpunkte erfinden, aber die FDP hat einige Vorstellungen, die wir nicht teilen. Da ist zum Beispiel die Ankündigung der FDP, dass Sachsen-Anhalt aus der Nord/LB aussteigen und eine eigene Landeszentralbank gründen soll. Das ist nicht möglich. Sachsen-Anhalt hält an der Nord/LB einen Anteil von 37,5 Millionen Mark. Damit kann man keine Landeszentralbank gründen.

**Sie haben auch erklärt, dass die Frage einer Koalition mit der FDP von den Ergebnissen der Gespräche mit den Liberalen abhängen wird. Sollten die Gespräche mit der FDP scheitern - bleibt die SPD für Sie eine Option als Koalitionspartner?**

Ich habe die Tür in dieser Richtung nie zugeschlagen.

### **Böhmer setzt erste Schwerpunkte**

mdr.de, 23.4.02

Sachsen-Anhalts designierter Ministerpräsident Böhmer (CDU) hat erste Schwerpunkte seiner künftigen Politik gesetzt. Der "Mitteldeutschen Zeitung" Halle sagte Böhmer, er wolle das 13. Schuljahr wieder abschaffen. Einen genauen Zeitpunkt nannte er nicht. Zuvor hatte er bereits auf MDR ONLINE angekündigt, die Gebietsreform zu stoppen. "Wir haben wirklich wichtigere Probleme, als uns mit uns selbst zu beschäftigen", begründete er den Stopp. Notwendig sei vielmehr eine Verwaltungsreform. Deshalb wolle er die Zahl der Minister im Land auf maximal sieben reduzieren. Der Bereich Arbeit solle künftig dem Wirtschaftsministerium, der Bereich Ernährungsüberwachung dem Sozialministerium

angegliedert werden.

### **Bis Weihnachten konkret sichtbare Erfolge**

Zugleich kündigte Böhmer an, zunächst einen Kassensturz vorzunehmen. Die verheerende Verschuldungssituation im Land müsse analysiert werden, um die Ausgangslage zu klären. "Wenn bis Weihnachten keine erlebbaren Fortschritte passiert sind, haben wir den Vertrauensvorschuss verloren", so Böhmer.

### **Streit um Bankbeteiligung an Nord/LB**

Bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen mit der FDP könnte es nach Angaben der "Super-Illu" Streit um die Anteile an der Mehrländerbank Nord/LB geben. Die Liberalen fordern den Ausstieg Sachsen-Anhalts aus dem Bankhaus. Stattdessen solle eine landeseigene Investitionsbank gegründet werden. FDP-Fraktionschefin Pieper verlangte dem Blatt zufolge, die Forderung als Ziel in einen Koalitionsvertrag einer christlich-liberalen Landesregierung zu schreiben. CDU-Landeschef Böhmer lehnt das FDP-Vorhaben als "nicht realistisch" ab.

Bereits am Montagabend hatten sich CDU und FDP verständigt, am Mittwoch Sondierungsgespräche aufzunehmen. Beide Parteien waren als Sieger aus der Landtagswahl hervorgegangen. Die FDP, die im letzten Landtag nicht vertreten war, hatte überraschend mehr als 13 Prozent erreicht. Bereits gestern hatte Böhmer auch erste Personalien mitgeteilt. So soll der frühere Justiz-Staatssekretär Robra (CDU) künftig Chef der Staatskanzlei im Rang eines Staatsministers sein. Den bisherigen Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Scharf, schlug Böhmer als Fraktionsvorsitzenden vor.

### **Püchel: SPD ist auf Tiefpunkt**

Der noch amtierende Landesinnenminister Püchel (SPD) sagte im NachrichtenRadio MDR info, seine Partei befinde sich nach dem Wahldebakel auf einem Tiefpunkt. Nun müsse die Partei geeint wieder nach vorn gebracht werden. Püchel erklärte sich bereit, für ein Amt als Fraktions- und Parteichef zur Verfügung zu stehen. "Ich werde jetzt in den nächsten Tagen Gespräche führen, ob das auch mitgetragen werden kann", so Püchel.

## **Böhmer kündigt Reformstopp an - Gespräche mit der FDP**

mz-web.de, 23.02.02

**Halle/Magdeburg/MZ/hjg.** Nur einen Tag nach ihrem klaren Wahlsieg hat die CDU einschneidende Politik-Korrekturen in Sachsen-Anhalt angekündigt. Die Union wolle die Gebietsreform zunächst stoppen sowie das 13. Schuljahr so schnell wie möglich wieder abschaffen, sagte der designierte Ministerpräsident Wolfgang Böhmer (CDU) in einem MZ-Gespräch. Außerdem solle die Grundschule mit festen Öffnungszeiten künftig nach dem Prinzip der Freiwilligkeit angeboten werden.

Die Bildung einer schwarz-gelben Regierung kommt offenbar schnell voran. Laut Böhmer wird die Union schon morgen mit der FDP Gespräche aufnehmen, um eine neue Landesregierung zu bilden. Böhmer kündigte zudem an, dass er den früheren Justiz-Staatssekretär Rainer Robra zum Staatsminister machen wolle, der die Staatskanzlei leiten soll.

Auch die Spitzenkandidatin der Liberalen, Cornelia Pieper, sprach sich für ein zügiges Vorgehen aus. Sie bestätigte den Gesprächstermin. "Wir müssen schnell zu Pötte kommen, die Menschen haben den Wechsel gewählt." Pieper wurde gestern Abend einstimmig zur neuen Fraktionschefin der Liberalen gewählt. Unterdessen gibt es erste Überlegungen zur Besetzung von Ministerien. Ex-Wirtschaftsminister Horst Rehberger (FDP) signalisierte, dass die Liberalen großes Interesse am Wirtschaftsressort haben.

Wahlverlierer SPD hat den für das Wochenende angesetzten Parteitag abgesagt. Mitte Juni soll auf einem Sonderparteitag ein neuer Vorstand gewählt werden. Landes- und Fraktionschef Rüdiger Fikentscher steht für diese Ämter nicht mehr zur Verfügung. Innenminister Manfred Püchel plädierte dafür, beide Ämter in einer Hand zu belassen. "Ich traue mir zu, die Parteiflügel zusammenzuführen. Ich habe mich aber noch nicht entschieden", sagte er.

In Berlin kündigten die Regierungsparteien SPD und Grüne als Konsequenz aus der Wahlschlappe in Sachsen-Anhalt eine offensivere Auseinandersetzung zur Bundestagswahl am 22. September an. SPD-Chef und Bundeskanzler Gerhard Schröder will den Wahlkampf auf das Duell zwischen ihm und Unions-Herausforderer Edmund Stoiber konzentrieren. Zugleich setzten sich die Sozialdemokraten spürbar von der PDS ab. Der brandenburgische SPD-Abgeordnete Markus Meckel sagte der MZ: "Das Wahlergebnis ist eine klare Absage an Rot-Rot." Diese Konstellation sei rundweg gescheitert und schade der SPD. Die Schill-Partei will nach ihrem Misserfolg nicht zur Bundestagswahl antreten.

### **MZ-Gespräch mit Wolfgang Böhmer**

**Magdeburg/MZ.** Herr Böhmer, Sie haben noch vor Ihrer Freude über den Wahlsieg von "Respekt und Demut" gesprochen. Ist da keine Freude?

Böhmer: Natürlich freuen wir uns alle. Aber stellen Sie sich vor: Sie vertrauen sich einem Arzt an, um sich einer schwierigen Operation zu unterziehen. Zeigt da der Arzt Freude? Sicher nicht, das würde Sie eher verwundern. Richtig aber ist: Wir haben Verantwortung übernommen, und der müssen wir uns nun stellen.

Wie sieht denn Ihr Fahrplan für die nächsten Tage aus?

Böhmer: Derzeit laufen Terminsondierungen für ein erstes Gespräch mit der FDP. Das kann am Mittwoch stattfinden. Dort werden wir die wichtigsten Themen und die Personalprobleme abklopfen. Wie stellen Sie sich den Zuschnitt der Ministerien vor?

Böhmer: Die Zahl der Ministerien sollte nicht erhöht und auf maximal sieben als untere Grenze verringert werden. Der Bereich Arbeit soll nach unseren Wünschen zum Wirtschaftsministerium gehen. Landwirtschaft und Umwelt sind schon zusammengelegt, was vernünftig war. Eventuell könnte von dort die Ernährungsüberwachung zum Sozialministerium wechseln.

Ärgert es Sie, wenn FDP-Spitzenkandidatin Cornelia Pieper auch heute wieder betont, dass sie Ministerpräsidentin werden will?

Böhmer: Ich ärgere mich nicht, aber ich darf mich wenigstens wundern. Ich habe dieses Ansinnen nie ernst genommen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies in Koalitionsgesprächen eine Rolle spielen könnte.

Sie haben am Sonntagabend Johannes Ludewig gedankt. Wird die CDU - mit Blick auf die FDP - auf das Amt des Wirtschaftsministers verzichten?

Böhmer: Ich habe mit Herrn Ludewig noch nicht reden können, werde dies aber schnellstens tun. Und: Ich werde seine Entscheidung respektieren. Er weiß, was hier und was in Brüssel an reizvollen Aufgaben ansteht.

Die ersten Namen sind genannt. Wen sehen Sie als künftige Verantwortungsträger?

Böhmer: Wir brauchen junge Leute, die herangezogen werden. Und das mit Blick über den Tag, über die Wahlperiode hinaus.

Ganz konkret: Haben Sie Wunschpersonen für Ihr Kabinett?

Böhmer: Ja, das bin ich gerne bereit zuzugeben. Aber ich werde hier nur einen einzigen Namen nennen: Ich möchte den früheren Justiz-Staatssekretär Rainer Robra zum Chef der Staatskanzlei machen und das nach Möglichkeit in der Funktion eines Staatsministers, so wie das in anderen Bundesländern der Fall ist.

Was sind die inhaltlichen Schwerpunkte Ihrer Arbeit?

Böhmer: Der Schwung, den ein solches Wahlergebnis auslösen kann, darf nicht verpuffen. Wenn bis Weihnachten keine erlebbaren Fortschritte passiert sind, haben wir den Vertrauensvorschuss verloren. Wir müssen mit einem Kassensturz anfangen, weil die Verschuldungssituation verheerend ist. Dies wird deprimierend, aber es wird die Ausgangssituation klären. Jeder, der dieses Land sanieren will, muss sich darauf vorbereiten, mit Vorwürfen zu leben. Man muss klar sagen, welche Situation man übernommen hat.

Dann haben wir vor, Geld aus anderen Fördertöpfen umzuschichten zu einer kommunalen Investitionspauschale. Damit das bisschen Geld, was noch aus EU-Mitteln oder ähnlichem kommt, wenigstens ausgegeben und kofinanziert werden kann.

Ganz wichtig wird die Wirtschaftspolitik sein. Welche Vorstellungen gibt es?

Böhmer: Wir müssen gemeinsam mit dem Arbeitgeberpräsidenten und den Industrie- und Handelskammern erst einmal auflisten, was nötig ist, um die bestehenden Unternehmen in ihrer Existenz zu sichern. Wir werden den Strukturwandel in der Bauwirtschaft auch nicht aufhalten können, aber die anderen Bundesländer haben den Vorteil, dass daneben immer wieder Neues entsteht, so dass sie keine negative Gewerbebilanz haben. Durch Verbesserung der Rahmenbedingungen muss wieder Bewegung in die Wirtschaft kommen.

### **Wahlanalyse der Magdeburger Volksstimme SPD und PDS verloren zusammen über 350000 Wähler**

Magdeburg - Die SPD verlor über 300000 Wähler - Parteichef Rüdiger Fikentscher will künftig keine Ämter mehr, trat aber gestern noch nicht zurück. Außerdem will er wie Reinhard Höppner sein Landtagsmandat behalten - In der SPD wurde hingegen ein radikaler Neuanfang mit Manfred Püchel an der Spitze gefordert.

Die Sozialdemokraten erleben die schlimmste Niederlage in ihrer Geschichte. Die SPD verlor über 300000 Stimmen. Eine viertel Million SPD-Wähler von 1998 blieben dieses Mal zu Hause.

Für das katastrophale Ergebnis übernahmen Spitzenkandidat Reinhard Höppner sowie Partei- und Fraktionschef Rüdiger Fikentscher die Verantwortung. Beide galten zusammen mit den SPD-Linken

wie Verkehrsminister Jürgen Heyer, Wirtschaftsministerin Katrin Budde und Fraktionsstrategie Jens Bullerjahn als Befürworter einer rot-roten Koalition mit der PDS.

Die PDS-kritische Neue Mitte fordert nun einen harten Schnitt: Fikentscher soll zurücktreten, Innenminister Manfred Püchel die Führung übernehmen. Außerdem erwarten einige in der Partei, dass etwa Höppner oder Fikentscher ihr Landtagsmandat abgeben. Dann könnten SPD-Kandidaten, die den Einzug ins Parlament knapp verpassten, nachrücken. Doch Fikentscher und Höppner lehnen das ab. SPD-Fraktionsvize Peter Oleikiewitz von der Neuen Mitte sagt: "Ein Sonderparteitag sollte spätestens im Frühjahr einen neuen Landesvorstand wählen." In der SPD liegen die Nerven blank. Oleikiewitz erzählte: "Nachdem ich die ersten Interviews im Landtag gegeben hatte, kam Bullerjahn zu mir und sagte, dass ich die Schnauze halten soll. Wörtlich."

PDS-Kritiker Willi Polte meint: "Die SPD muss jetzt durch ein Tal der Tränen. Die Loslösung von Höppner war offenbar anders nicht möglich. Wir brauchen eine schlagkräftige Galionsfigur." Polte will Püchel als Partei- und Fraktionschef. Das wollen auch die Jusos in Halle.

Doch die SPD-Linken wollen sich nicht alle Zügel aus den Händen lassen. Katrin Budde will dem Vernehmen nach in der Spitze weiter mitmischen. Parteichef Fikentscher will offenbar beide Flügel in der neuen Parteispitze vertreten sehen. Er hatte mit Budde als auch mit Püchel Vier-Augen-Gespräche geführt.

Der Magdeburger Michael Hoffmann (Neue Mitte) verlangt hingegen einen härteren Schnitt: "Alle diejenigen, die für den PDS-Anbiederungskurs standen, müssen Konsequenzen ziehen und von allen Ämtern und Funktionen zurücktreten." Hoffmann nennt neben Budde, Heyer und Bullerjahn auch Sozialministerin Gerlinde Kuppe und Fraktionsvize Norbert Bischoff. Hoffmann war vor zwei Jahren bei der Parteispitze in Unnade gefallen, weil er Sachsen-Anhalt als pleite bezeichnet hatte. Daraufhin musste er den Vorsitz im Finanzausschuss abgeben.

Geht es nach den Prozentpunkten, dann konnte die PDS gegenüber 1998 leicht zulegen. Doch auch die Sozialisten verloren deutlich an Stimmen. Am Sonntag wählten fast 60000 Sachsen-Anhalter weniger die PDS als noch vor vier Jahren. Aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung spiegelt sich der Verlust aber nicht bei den Prozentpunkten wider. Es ist das erste Mal seit 1990, dass die PDS Wähler verlor. Die meisten der PDS-Abtrünnigen blieben am Sonntag zu Hause: Über 40000 Wähler, die noch 1998 der PDS ihre Stimme gaben, wanderten 2002 in das Lager der Nichtwähler.

Die Union verbucht trotz schwacher Wahlbeteiligung über 100000 Stimmen mehr als vor vier Jahren. Der künftige Ministerpräsident Wolfgang Böhmer will noch in dieser Woche Koalitionsverhandlungen mit der FDP beginnen. Allerdings macht er auch klar, dass die Union sich der FDP nicht ausliefert. Böhmer gestern fast warnend: Gespräche mit der SPD sind nicht ausgeschlossen.

Vor allem um den Posten des Wirtschaftsministers könnte es zwischen CDU und FDP zu harten Diskussionen kommen. CDU-Wirtschaftsberater Johannes Ludewig meldet starkes Interesse an: "Ich habe ja in diesem Wahlkampf eine gewisse Rolle gespielt, und insofern liegt das nahe." Er bezweifelte, dass das Wirtschaftsressort ein klassisch liberales sei. Ludewig sagte dem Nachrichtenradio MDR info: "Ludwig Erhard war bekanntermaßen in der CDU und nicht in der FDP. Und wenn man sich auf Bundesebene das segensreiche Wirken der letzten FDP-Minister in diesem Ressort anguckt, dann hielt sich das Segensreiche daran in überschaubaren Grenzen."

Die CDU lässt auch keinen Zweifel daran aufkommen, dass Wolfgang Böhmer und nicht FDP-Spitzenkandidatin Cornelia Pieper Ministerpräsident wird. In der CDU meint ein Abgeordneter, man müsse die FDP wohl "wieder auf den Boden zurückholen".

Mehr als doppelt so viele Wähler wie 1998 gaben am Sonntag der FDP ihre Stimme. Cornelia Pieper bekräftigte ihre Ambition auf das höchste Amt: "Es muss ja nicht immer die stärkste Partei den Ministerpräsidenten stellen." Gestern Abend wurde Cornelia Pieper zur Fraktionchefin der FDP gewählt.

Als neue Minister sind Karl-Heinz Paqué (Schule/Forschung) und Horst Rehberger (Verkehr/Wirtschaft) im Gespräch. Rehberger war bereits von 1991 bis 1993 Wirtschaftsminister in Sachsen-Anhalt. Paqué ist Wirtschaftsprofessor an der Magdeburger Uni und gilt in FDP wie CDU als kompetenter Bildungs-Politiker.

## Wahlanalyse: Infratest dimap

mdr.de, 22.04.02

Die schwere Niederlage der SPD bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hatte nach Einschätzung des Wahlforschungsinstituts Infratest dimap vor allem landespolitische Gründe.

### **Schwache Wirtschaft als Abwahlgrund**

Den Umfragen des Meinungsforschungsinstituts zufolge setzt sich mit dieser Wahl eine Serie von denkwürdigen Wahlen fort, die alle mit der Abwahl der amtierenden Landesregierung endeten:

Hamburg, Berlin. Rückschlüsse auf die Bundestagswahl seien allerdings nicht möglich, denn wie in Hamburg und Berlin entschied sich auch in Sachsen-Anhalt die große Mehrzahl der Wähler (61 Prozent) aus landespolitischen Erwägungen heraus. Der Großteil der Bevölkerung (77 Prozent) war unzufrieden mit der Landesregierung. Zwei Drittel machten sie dafür verantwortlich, dass Sachsen-Anhalt das wirtschaftliche Schlusslicht der neuen Länder bildet. Die Mehrzahl der Bürger wollte eine andere, eine erfolgreichere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

### **Wahl war Abwahl Höppners**

Die Meinungsforscher ermittelten zudem, dass die Wahl nicht zuletzt auch eine Abwahl Höppners war: Bei der Direktwahlfrage hatten sich zuletzt nur noch 35 Prozent für Höppner und 42 Prozent für Böhmer ausgesprochen. Und schließlich war die Niederlage der SPD auch eine klare Absage an das Magdeburger Modell, dem 55 Prozent anlasteten, der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes geschadet zu haben.

### **Wirtschaftskompetenz als Trumpf**

Die FDP wurde den Umfragen zufolge vor allem ihrer Wirtschaftskompetenz wegen gewählt. Darüber hinaus gilt sie als ausgesprochen modern und reformfreudig, was sie vor allem für jüngere Wähler attraktiv macht. Großen Anteil am Erfolg hat auch die Spitzenkandidatin, Cornelia Pieper, der 70 Prozent der FDP-Wähler große Kompetenz zuschreiben. Auch auf Bundesebene schreiben die Sachsen-Anhaltiner der CDU und Stoiber eine größere wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Kompetenz zu als der SPD und Schröder. Der Bundeskanzler kann dies aber mit einer höheren Ostkompetenz und mit höheren Sympathiewerten wettmachen. Zudem bewerten die Wähler in Sachsen-Anhalt SPD und Grüne auf Bundesebene deutlich besser als auf Landesebene. Deshalb enthält das vorliegende Wahlergebnis wenig Aussagekraft für den Ausgang der Bundestagswahl.

### **Wähler strömten weg von der SPD**

Die schwache Wahlbeteiligung von 56,5 Prozent warf einen Schatten auf das Wahlergebnis. Die Hauptmotive der Nichtwähler: Enttäuschung über die Politik beziehungsweise die Parteien im allgemeinen (60 Prozent) und über die Landespolitik (21 Prozent) beziehungsweise die Bundespolitik (10 Prozent) im Besonderen. Die Wählerwanderung von Infratest dimap zeigt, dass alle Parteien Mobilisierungsprobleme hatten, am stärksten betroffen war aber die SPD, die 120.000 Wähler an das Nichtwählerlager abgab. Noch größer waren allerdings Wählerströme von der SPD zu anderen Parteien: zur CDU (100.000), zur FDP (40.000) und zur PDS (25.000).

Die SPD droht angesichts überdurchschnittlicher Verluste in den berufsaktiven Jahrgängen zu einer Rentnerpartei zu werden: Fast jeder zweite SPD-Wähler ist über 60, in der Altersgruppe der unter 45-Jährigen ist sie nur noch viertstärkste Partei. Bei ihrer traditionellen Klientel, den Arbeitern, fiel sie auf unter 20 Prozent und liegt damit klar hinter CDU und PDS und nur noch knapp vor der FDP.

### **Wählerfrust bringt SPD zu Fall - Analyse der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen zur Entscheidung in Sachsen-Anhalt**

**Oldenburg/Mannheim.** Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt führte zur größten Veränderung zwischen den beiden großen Parteien, die es je bei Wahlen in Deutschland gab. CDU und SPD wechselten praktisch ihre Ausgangspositionen.

Die Wahl war vor allem vom Frust über die schlechte wirtschaftliche Situation und von der Enttäuschung über Politiker und Regierung, ergab eine Analyse, die die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag dieser Zeitung durchführte. Es kam zur Abstrafung der SPD, von deren Schwäche CDU und FDP gleichermaßen profitierten.

Die PDS konnte zwar ihr klassisches Wählerpotenzial mobilisieren, aber auf Grund der Tolerierung der Minderheitsregierung konnte sie aus der Unzufriedenheit im Land kein Kapital schlagen.

Ein rot-rotes Regierungsbündnis für die kommende Legislaturperiode wurde klar abgelehnt, auf größere Zustimmung stieß dagegen eine schwarz-gelbe oder auch eine große Koalition.

Die bundespolitische Stimmung sorgte insbesondere bei der CDU für zusätzlichen Rückenwind, für eine Mehrheit (60 Prozent) gab jedoch die Politik in Sachsen-Anhalt den Ausschlag für die Wahlentscheidung. Lediglich 26 Prozent sehen das Land für die Zukunft gut gerüstet. Die wirtschaftliche Situation in Sachsen-Anhalt wurde von 73 Prozent schlechter beurteilt als die Lage in den anderen neuen Bundesländern. Die hauptsächliche Verantwortung für diese desolante Lage wurde der SPD angelastet. In sämtlichen Politikfeldern, vor allem bei den wichtigen Bereichen Arbeitsmarkt und Wirtschaft, hat die CDU bei der Problemlösungskompetenz der SPD klar den Rang abgelaufen. Allerdings trauten mehr als 40 Prozent der Befragten keiner Partei im Lande zu, diese Probleme zu lösen.

## **Kandidaten farblos**

Auch wenn Wolfgang Böhmer in fast allen Bereichen beim Persönlichkeitsprofil etwas besser abgeschnitten hat als Reinhard Höppner, erschienen den Wählern beide Kandidaten recht farblos. Mit 23 Prozentpunkten konnte die CDU ihre höchsten Gewinne bei den unter 30-Jährigen verbuchen. Hier war die DVU vor vier Jahren mit knapp 30 Prozent stärkste Partei gewesen.

## **Untypische Situation**

Jetzt entsteht die für die CDU eher untypische Situation, dass sie in allen Altersgruppen gleich gut abgeschnitten hat. Ganz anders die SPD: Ihre besten Ergebnisse erzielte sie bei den über 60-Jährigen (29 Prozent), während sie von den unter 30-Jährigen nur noch 14 Prozent der Stimmen bekam. Besonders hohe Zugewinne konnte die CDU auch bei den Arbeitern (+21) und bei den Arbeitslosen (+18) erzielen und wurde dort jeweils stärkste Partei. Im Vergleich zu ihrem Gesamtergebnis schnitt die PDS sowohl bei den Arbeitslosen als auch bei Wählerinnen und Wählern mit formal hoher Bildung besonders gut ab.

Die FDP hat ihr gutes Ergebnis einerseits ihrer Spitzenkandidatin Cornelia Pieper, andererseits auch der Enttäuschung über die bisher im Landtag vertretenen Parteien zu verdanken.

Überdurchschnittliche Ergebnisse verbuchten die Liberalen bei den Jüngeren und den Selbstständigen.

## **Erfolglos**

B'90/Grüne müssen zum 18. Mal in Folge Verluste hinnehmen und erzielen – gleichzeitig ihr bisher schlechtestes Ergebnis in Sachsen-Anhalt. Bei ihrem zweiten Versuch in ein Landesparlament einzuziehen, ist die Schill-Partei knapp gescheitert. Ihre Stimmen kamen hauptsächlich von den besonders Frustrierten mit formal niedrigem Bildungsniveau. Dass die Veränderungen bei dieser Wahl so stark ausgefallen sind, hat seine Ursache in der extrem niedrigen Parteibindung der Wähler in den neuen Bundesländern, die zu kurzfristigen und starken Umschwüngen führen kann.

Auch wenn diese Wahl die letzte vor der Bundestagswahl war, ist sie keinesfalls eine Testwahl für den Bund. Die Ursachen für das Desaster der SPD und die niedrige Wahlbeteiligung liegen hauptsächlich im Land selbst. Trotzdem werden diese Ergebnisse nicht nur die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat verändern, sondern auch Einfluss auf die bundespolitische Stimmungslage haben.

## **FDP**

### **Euphorische und verbitterte Reaktionen zur Wahl von Magdeburger Politikern**

volksstimme.de, 22.04.02

Magdeburg - Politiker mit Kopfschmerzen dürften gestern eine weit verbreitete Spezies im Lande gewesen sein - Manch Wahlgewinner von CDU und FDP litt unter den körperlichen Folgen rauschender Feste. Ein weit schneller vergänglicher Schmerz als er die sozialdemokratische Verliererseite quält. Deren Vertreter standen gestern noch weitgehend unter Schock. Fakt ist: Der politische Wechsel im Land hat Wirkung auf die Stadtpolitik.

#### **Vier Stadträte im Landtag und jede Menge Kopfschmerzen**

Oberbürgermeister Lutz Trümper (SPD) hatte am Wahlabend, nach seinen Erwartungen gefragt, nur einen ironischen Kommentar parat: "Ich rechne nicht mit einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Land und Stadt, denn wenn nun alle Wahlversprechen eingehalten werden, dann bekommen die Kommunen bald mehr Geld, und wir sind alle Sorgen los." Trümpers Ironie lag freilich eine große Portion Bitterkeit über den katastrophalen Einbruch der eigenen Partei zugrunde. Die Diskussionen um parteiinterne Fehlentscheidungen und -entwicklungen brachen sich bereits am Sonntagabend am Rande der verhinderten Wahlparty der Magdeburger Sozialdemokraten ungehemmt Bahn. Ein Fazit des Stadtverbandschefs Norbert Bischoff: "Wir müssen den Vorstand deutlich verjüngen und die Basisarbeit neu strukturieren." Bischoff saß bislang als einziger Magdeburger Stadtrat zugleich im Landtag. Sein Direktmandat fürs Landesparlament büßte er am Sonntag ein, den Platz behält er trotzdem - per Liste. Im Stadtrat aber verliert Bischoff seine Sonderstellung als Landespolitiker. Zwei Stadträte der CDU und einer aus der PDS schafften am Sonntag ebenfalls den Sprung in den Landtag.

Der fulminante Wahlsieg im Land versetzt den Kreisverbänden von CDU und FDP gehörigen Schub. Die Christdemokraten holten alle Direktmandate in Magdeburg. Mit Gerhard Ruden und Wigbert Schwenke ziehen zwei christdemokratische Stadträte per Direktmandat in den Landtag ein. Ebenso der Ex-Wirtschaftsbeigeordnete Dieter Steinecke, der freimütig bekennt: "Für mich ist das eine

Genugtuung." Eine Bemerkung, die der Mann durchaus an die eigenen Reihen gerichtet wissen will. Die hatten ihn zur jüngsten Magdeburger Beigeordnetenwahl kaltgestellt. In der FDP-Kreisgeschäftsstelle stapeln sich derweil die Aufnahmeanträge."Die 200 werden wir noch diesen Monat erreichen", ist die Vorsitzende Ilona Kühne sicher.

### **Cornelia Pieper führt FDP nach langer Durststrecke in den Landtag**

volksstimme.de 22.04.2002 Sachsen-Anhalt, Landtagswahl:

Magdeburg - Der überragende Wahlerfolg der FDP in Sachsen-Anhalt am Sonntag wird ganz wesentlich auf die liberale Spitzenkandidatin Cornelia Pieper zurückgeführt. Die 43-jährige Hallenserin, die auf ihrem Briefkopf als «Ministerpräsidentin für Sachsen-Anhalt» firmierte, trat im Wahlkampf forsch und selbstbewusst auf. Dabei half auch ihr Bekanntheitsgrad: Seit sie im Mai 2001 das Amt als FDP-Generalsekretärin übernahm, war sie oft in den Medien präsent und damit mehr Menschen ein Begriff als zuvor.

Ihre politische Feuerprobe in Sachsen-Anhalt hat die am 4. Februar 1959 in Halle geborene Pieper bereits hinter sich. Im März 1995 hatte sie den Vorsitz einer völlig zerstrittenen Landespartei übernommen. Nach glänzendem Start bei den ersten freien Wahlen 1990 - 19,7 Prozent bei der Bundestagswahl und 13,5 Prozent bei der Landtagswahl - waren die Liberalen 1994 im parlamentarischen Aus gelandet. Obwohl auch 1998 nicht die Rückkehr in den Landtag gelang, blieb Pieper klare Nummer 1 der Liberalen in Sachsen-Anhalt. Politisch aktiv wurde Pieper erst nach der Wende, wenngleich sie 1985 in die DDR-Blockpartei LDPD eingetreten war. Nach dem Studium der Sprachwissenschaften (Polnisch und Russisch) in Leipzig und Warschau arbeitete sie zunächst als Dolmetscherin. 1990 zog sie in den Magdeburger Landtag ein und wurde Vize-Chefin der FDP-Fraktion, die bis 1994 zusammen mit der CDU Sachsen-Anhalt regierte. In der Bundespartei machte sie schnell Karriere: 1993 Mitglied des Bundesvorstandes, seit 1997 stellvertretende Bundesvorsitzende, jetzt Generalsekretärin. Pieper ist verheiratet und hat einen Sohn.

### **Jubel und Tränen bei der FDP**

#### **Liberaler feiern ihre Spitzenkandidatin überschwänglich**

Von Steffen Köna, mz-web.de, 22.04.02

**Magdeburg/MZ.** «Conny, Conny, Conny!», klatscht es rhythmisch durch den großen Saal des Magdeburger Hotels "Ratswaage". Kurz nach 18 Uhr flimmert auf den Bildschirmen die erste Hochrechnung des ZDF, und die Gäste der liberalen Wahlparty kennen kein Halten mehr. Die Leute liegen sich in den Armen, Sektflaschen werden geköpft. Cornelia Pieper, in leuchtend blauem Blazer mit "18"-Prozent-Anstecker kaum auszumachen in einem Wald aus Mikrofonen und Kameras, wischt sich verstohlen eine Träne aus dem Augenwinkel. "Das ist der schönste Tag in meinem Leben", sagt die liberale Spitzenkandidatin, "wir sind auf dem Weg zur 18."

Herbert Wenke hat es gewusst. "Mein Tipp waren zwölf Prozent", sagt der Mann aus Dessau, der mit Frau und Sohn eigens zur Siegesfeier nach Magdeburg gekommen ist. "Die Leute im Land hatten die Nase voll von der roten Misswirtschaft, und das ist jetzt die Quittung." Eine Quittung, ausgestellt auf die politische Bilanz der bisher regierenden SPD, da sind sich die rund 200 Parteimitglieder und Sympathisanten der FDP einig. Für die Wahlverlierer bleiben da nur Hohn und Spott. "Schade, dass die SPD jetzt wahrscheinlich schneller auf 18 Prozent kommt als wir", ulkt einer aus Piepers Wahlkampfteam.

Und was wird die Triumphatorin des Tages machen aus dem Sieg? Bleibt sie in der Bundespolitik? Übernimmt sie ein Regierungsamt in der neuen Landesregierung? Nein, heute Abend soll gefeiert werden, heute Abend ist nicht der rechte Moment, schon die Weichen zu stellen für die anstehenden Koalitionsverhandlungen. Cornelia Pieper, die alles richtig gemacht hat in den letzten Wochen und Monaten, will sich nicht festlegen. "Ich gehe dorthin, wo ich das meiste bewegen kann für die Menschen in Sachsen-Anhalt."

### **Über Ämter reden die Liberalen nicht**

#### **FDP will erst inhaltliche Fragen mit CDU klären**

Von Bärbel Böttcher, mz-web.de, 23.04.02

**Magdeburg/MZ.** Danke! Dieser schlichte Aufkleber ziert am Montag Morgen die Wahlplakate vor der FDP-Zentrale in Magdeburg. Landesgeschäftsführerin Rosemarie Burkhardt hat alle Hände voll zu tun, Glückwünsche entgegenzunehmen. Pausenlos klingeln Telefone. Faxe und e-mails laufen ein. Einige Gratulanten kommen auch persönlich vorbei - mit Blumen.

"Acht Jahre waren wir nicht im Landtag vertreten. Das ist vorbei. Die Liberalen sind wieder da", sagt Karl-Heinz Paqué, stellvertretender Landesvorsitzender. Und die FDP wartet auf die offizielle Einladung zu Koalitionsverhandlungen von CDU-Landeschef Wolfgang Böhmer. Diese deutet sich gegen Abend an: Im Büro von Landeschefin Cornelia Pieper wird aus dem Büro Böhmer um einen ersten Termin angefragt.

"Es ist wichtig, dass wir jetzt schnell zu Potte kommen", sagt die Generalsekretärin erfreut. Und da sie "ein Freund schneller Entschlüsse" ist, hat sie der neuen Fraktion, die bereits am Abend zum ersten Mal tagt, vorgeschlagen, sie zur Fraktionschefin zu wählen. Das ist dann aber auch die einzige Personalentscheidung, die an diesem Tag fällt - und das einstimmig. "Jetzt kann ich gestärkt in die Koalitionsverhandlungen gehen", so Pieper. Alles andere werde erst entschieden, wenn die Inhalte klar sind. Auch die Frage, ob Cornelia Pieper ihren Posten in Berlin aufgeben wird oder nicht. "Ich werde alles das machen, was den Menschen in Sachsen-Anhalt hilft", verkündet sie. Und auf die Frage, ob sie denn ein Ministeramt im Land anstrebt, antwortet die Liberale: "Ich schließe nichts aus - auch nicht für mich." Pieper verweist darauf, dass sie ja auch immer noch die FDP-Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten sei.

Bedeckt hält sich auch Wirtschaftsprofessor Karl-Heinz Paqué. Dass er als neuer Wirtschaftsminister gehandelt wird, darüber mag er nicht reden. Aber "dass wir natürlich auf Wirtschaft und Bildung von unserem Programm her großen Wert legen", räumt er ein. FDP-Landesschatzmeister Horst Rehberger, der immerhin schon einmal Wirtschaftsminister im Land war, sagt, dass über Personen ganz am Schluss verhandelt werde. Zunächst müsse ein "dem Ernst der Lage im Lande angemessenes Programm" erarbeitet werden. Allerdings, so fügt er gleich darauf hinzu, würde er es schon begrüßen, wenn das Wirtschaftsministerium in die Hände der Liberalen käme.

#### **Westerwelle doch noch FDP-Kanzlerkandidat?**

#### **Parteichef wertet Wahlsieg als «hervorragende Ausgangslage»**

**Berlin/dpa.** Nach dem großen Wahlerfolg der FDP in Sachsen-Anhalt wird Parteichef Guido Westerwelle möglicherweise doch noch als Kanzlerkandidat der Liberalen zur Bundestagswahl antreten. Er werde jetzt intensiv darüber nachdenken, ob er dem Beispiel der erfolgreichen FDP-Spitzenkandidatin in Sachsen-Anhalt, der Generalsekretärin Cornelia Pieper, folgen solle, sagte Westerwelle am Montag in Berlin. Pieper war als Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten in Magdeburg angetreten.

Für die Aufstellung eines eigenen FDP-Kanzlerkandidaten hatte sich vor rund einem Jahr der nordrhein-westfälische FDP-Chef Jürgen Möllemann vergeblich stark gemacht. Westerwelle hatte dies stets mit dem Argument abgelehnt, hier werde «Mut zu Übermut». Pieper betonte, sie sei weiter Ministerpräsidentin-Kandidatin in Sachsen-Anhalt. Auch darüber werde in Koalitionsverhandlungen mit der CDU zu reden sein.

Der Parteichef und die Generalsekretärin werteten den 13,3 Prozent-Wahlsieg in Sachsen-Anhalt als «hervorragende Ausgangslage» für das 18-Prozent-Ziel der Liberalen für die Bundestagswahl am 22. September. Nach Hamburg und Berlin sei mit einem «grandiosen Ergebnis» nun auch in Sachsen-Anhalt der Wiedereinzug ins Parlament geschafft. Der Kurs der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der FDP sei erneut bestätigt worden. Die FDP sei eine Partei für das ganze Volk und werde von allen Bevölkerungs- und Altersgruppen gewählt.

Westerwelle bekräftigte, die FDP werde ohne Koalitionsaussage in die Bundestagswahl gehen. «Schwarz-Gelb oder Rot-Gelb ist immer noch besser als Rot-Rot.» Die FDP sei eine echte Alternative der Mitte zur konservativen Grundhaltung des Unions-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber (CSU) und zu Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), der mit Grünen und PDS immer weiter nach links drifte.

Pieper meinte, mit der Wahl in Sachsen-Anhalt sei Rot-Grün für die Bundestagswahl abgewählt. Pieper ließ weiter offen, ob sie in einer CDU/FDP-Koalition in Magdeburg für ein Ministeramt zur Verfügung steht. Sie wolle zunächst Generalsekretärin der FDP bleiben, zugleich aber ihr Landtagsmandat in Sachsen-Anhalt annehmen und die Verhandlungen mit der CDU führen, sagte sie. In FDP-Kreisen hieß es, wenn Pieper Regierungsmitglied in Magdeburg werde, sei es sicher, dass sie ihr Amt als Generalsekretärin zur Verfügung stelle. Westerwelle sagte, er schließe nichts aus. Laut "Bild" bereits Martin Matz im Gespräch

#### **Pieper bleibt Generalsekretärin**

[http://www.bbv-net.de/news/politik/2002-0423/pieper\\_generalsekretaer.html](http://www.bbv-net.de/news/politik/2002-0423/pieper_generalsekretaer.html)

### **Berlin (rpo). Der Parteichef der Liberalen ist am Dienstag öffentlich allen Spekulationen entgegengetreten. Cornelia Pieper bleibt vorerst Generalsekretärin der FDP-Bundespartei.**

Nach dem spektakulären Wahlsieg ihrer Partei und der CDU in Sachsen-Anhalt strebt Pieper nach eigenen Angaben das Amt der Ministerpräsidentin an.

Westerwelle erklärte: "Sie bleibt meine Generalsekretärin - unabhängig davon, welches Amt sie darüber hinaus in Sachsen-Anhalt übernimmt. Deshalb habe ich keinen Bedarf an Bewerbungen."

Die "Bild"-Zeitung berichtete in ihrer Dienstagsausgabe, das FDP-Präsidiumsmitglied Martin Matz sei als Piepers Nachfolger im Gespräch.

**CDU**

### **CDU-Sieg wie ein Erdbeben**

#### **Sachsen-Anhalts Christdemokraten im Freudentaumel**

Von Steffen Reichert, mz-web.de, 23.04.02

**Magdeburg/MZ.** «Wenn er sagt, er kommt um halb, dann kommt er auch. Er ist ja zuverlässig», gibt sich Brigitte Klein ganz zuversichtlich. Die Lebensgefährtin von Wolfgang Böhmer, die irgendwo in dem Journalistenpulk eingeklemmt ist, muss es wissen. Und tatsächlich wird der Sieger dieses Abends um Punkt 18.30 Uhr über den engen Fraktionsflur zu dem kleinen Podest geschoben. "Lassen Sie mich ein wenig freuen", spricht Böhmer mit sonorer Stimme in die Mikrofone. Um dann von "Demut und Respekt" zu reden, mit dem der Wählerwille zu behandeln sei. "Wir haben lange auf dieses Ergebnis hingearbeitet."

Die Worte Böhmers gehen fast unter in dem Jubel auf dem CDU-Korridor. Schon kurz vor 18 Uhr hat sich herumgeflüstert, dass es wohl doch einen erdbebentypischen Sieg für die Christdemokraten geben könnte. Doch richtig trauen will den Gerüchten niemand, schon gar nicht, was die Höhe des Wahlerfolgs angeht.

"Gezapft wird erst ab 18 Uhr", demonstriert Landesrechnungshofchef Horst Schröder demonstrative Zurückhaltung, bevor um 18 Uhr statt Bier dann plötzlich Sekt gereicht wird. Der Hallenser Christoph Bergner höchstselbst ist es, der "Rotkäppchen" offeriert. Einer der Abnehmer: Wahlkampfmanager Peter Radunski, der mit seinen Berliner Agenturkollegen schon kurz nach 17 Uhr in der Landeshauptstadt eingetroffen ist. "Das war ja ein regelrechter Last-Minute-Swing", freut sich der PR-Profi nach der ersten Hochrechnung. Und Landesvorständler Karl-Heinz Daehre spricht von einer von einer "Quittung" für Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD). "Er wollte die PDS entzaubern, nun hat es ihn entzaubert."

Aber Politik wäre nicht Politik, wenn nicht nach einem kurzen Freudentaumel sofort die Frage nach den Konsequenzen stehen würde. Und diese Frage ist ganz konkret: Wäre eine Koalition mit der FDP angesichts der stets angekündigten "Sanierungskoalition" mit der SPD denn auszuschließen?

Während Landesvize Thomas Webel ab 18 Uhr noch unermüdlich erklärt, dass man an diesem Abend keine Koalitionsaussage treffen wolle, geht Böhmer da schon einen ganzen Schritt weiter. "Ich schließe heute Abend nichts aus", antwortet er - und trifft damit wohl auch den Nerv der eigenen Partei. Denn: "Wir sind durch", ist mit Blick auf die Prozente von CDU und FDP immer wieder deutlich hörbar geraunt worden. Soll heißen: Allen Zweifeln zum Trotz und mit einem Blick nach Berlin ist die angestrebte Richtung Schwarz-Gelb. "Wir haben", macht denn auch Böhmer den Liberalen gleich ein Kompliment, "mit der FDP in der ersten Legislatur gut zusammengearbeitet."

Aber Böhmer, der trotz des knappen Zeitplans dann doch noch ein paar Journalistenfragen zulässt, macht auch deutlich, wer in dieser Polit-Ehe der Herr im Hause wäre. Ob es inhaltliche Differenzen zwischen CDU und FDP geben könnte, wird er gefragt. Da kontert der 66-Jährige schlagfertig: Die sehe er eigentlich nicht. "Nur mit dem Posten als Ministerpräsidentin für Cornelia Pieper könnte es schon schwierig werden."

Schon machen erste Namen für künftige Positionen die Runde. Zwischen Sekt und kleinen Häppchen wird getuschelt, wer das Zeug wozu hat. "Abwarten - man sollte nie übermütig werden", warnt der frühere Justizminister Walter Remmers (CDU). An diesem Abend soll nur gefeiert werden. Und zwar bis in die Nacht hinein im "Maritim".

**SPD**

## Erklärung des Ministerpräsidenten

"Der Trend der vergangenen Wochen und Monate hat sich im Wahlergebnis niedergeschlagen. Die SPD hat dramatische Verluste hinnehmen müssen. Die Niederlage in dieser Größenordnung ist bitter. Ich übernehme die politische Verantwortung.

Ich gratuliere Herrn Professor Böhmer zu seinem Wahlsieg. Er wird jetzt die neue Landesregierung zu bilden haben. Dazu wünsche ich ihm eine glückliche Hand.

Selbst wenn sich noch andere politische Konstellationen ergeben sollten, ist meine Konsequenz klar:

Für neue politische Aufgaben im Land stehe ich nicht mehr zur Verfügung.

Im Wahlkampf habe ich gesagt: Die Grundlagen sind gelegt, Sachsen-Anhalt hat gute Chancen für die Zukunft. Dazu stehe ich auch heute. Und deshalb wünsche ich dem neu zusammengesetzten Landtag und der neuen Landesregierung viel Erfolg."

## SPD - Reinhard Höppner: "Keine politischen Ämter mehr"

volksstimme.de, 23.04.02

Magdeburg, SPD-Hauptquartier Bürgelstraße. Freudensprünge bis schätzungsweise 4,50 Meter hätten die gediegenen Räume des Ernst-Reuter-Hauses zugelassen. Eine weise Party-Regie hatte indes im Hof ein Zelt von wesentlich geringerer lichter Höhe aufgeschlagen. Dazu für die Hochrechnungen ein Fernseher, dessen Ton wohl kaputt, jedenfalls aber erstaunlich leise ist. "Ganz hoch" will Katrin Budde, künftige Ex-Wirtschaftsministerin, ihre Marke auf einer nach oben offenen Enttäuschungs-Skala platzieren. Mit Gesichtsausdrücken zwischen Schock und versteinertes Fassungslosigkeit hatten außer Budde, ihr Kabinettskollege Jürgen Heyer und der Europaabgeordnete Ulrich Stockmann als einzige Polit-Prominenz des frühen Wahlabends das Debakel ihrer Partei in der 18-Uhr-Prognose erlitten. Nach ersten kurzen Erklärungen für die zahlreichen Fernsehsender steigt Katrin Budde (ganz in schwarz) beherzt aufs Podest der Zelt-Band, dankt den vielen Helfern, meint, die Erfolge seien nicht so recht vermittelt worden und bittet die Genossen und Sympathisanten, "noch zwei, drei Stunden zu bleiben, auch wenn es heute schwer fällt". Im Volksstimme-Gespräch hofft Budde auf "Besserung im Laufe des Abends" hin zu einem Wert für ihre Partei, den sie gegen 18.15 Uhr trutzig bei "29 Prozent" ansiedelt. Während sich Budde wenigstens ansprechen lässt, ist von Jürgen Heyer zu dem Desaster "im Moment kein Kommentar" zu bekommen. Und die Frage, ob er mit einer Einladung Wolfgang Böhmers an seine Partei zu Koalitions-Gesprächen rechnet, sagt Heyer knapp: Im Augenblick nicht. Derweil tritt wenige Schritte von der SPD-Zentrale entfernt auf dem Domplatz mit Reinhard Höppner ein sichtlich mitgenommener großer Wahlverlierer aus der Staatskanzlei vor Kameras und Mikrofone und erklärt, er stehe für "neue politische Aufgaben" so wenig zur Verfügung wie für weitergehende Erklärungen oder Interviews. Man möge doch Verständnis haben. Bereits kurz vor 18.30 Uhr hat die Band das SPD-Zelt bis auf wenige Hartgesottene leergespielt. "Wie auf der Titanic" ulkt ein Freund der Partei auf dem Weg nach draußen an die frische Luft sowie zu Warsteiner und Würstchen.

### SPD-Chef Fikentscher tritt ab

Magdeburg - Nach dem Debakel der Sozialdemokraten bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zieht SPD-Landespartei- und Fraktionschef Rüdiger Fikentscher persönliche Konsequenzen. «Ich stehe nicht mehr als Fraktionschef zur Verfügung und kandidiere nicht mehr für den Parteivorsitz», sagte er am Montag der dpa. Am Sonntagabend hatte bereits Ministerpräsident Reinhard Höppner seinen Rückzug aus der Landespolitik verkündet. Bei der Landtagswahl waren die Sozialdemokraten auf 20 Prozent abgestürzt. Die Amtszeit des 61-jährigen Fikentscher als Parteichef läuft im November aus. Er ließ zunächst offen, ob er bis dahin im Amt bleibt oder früher zurücktritt. «Das hängt von den Konstellationen ab und davon, wie dringend das erscheint.» Die SPD müsse jetzt in Ruhe überlegen, in welcher personellen Situation sie die neue Wahlperiode angehe. «Dazu ist ein Team nötig.» Auf die Frage, ob der PDS-kritische bisherige Innenminister Manfred Püchel (SPD) als Parteichef in Frage komme, sagte Fikentscher, dies sei eine sehr gute Möglichkeit. Fikentscher ist seit 1990 Landesvorsitzender der SPD und seit 1994 Fraktionsvorsitzender im Landtag. Er galt als Verfechter des Magdeburger Modells, einer von der PDS tolerierten SPD-Minderheitsregierung.

## Chance für den "Gegenentwurf" Püchel könnte die SPD führen

Von Thomas Maron (Magdeburg), Frankfurter Rundschau 24.04.02

**Nach dem Debakel der SPD in Sachsen-Anhalt gilt Innenminister Manfred Püchel als Hoffnungsträger seiner Partei. Am Sonntag gewann er als einziger Sozialdemokrat ein Direktmandat, alle anderen 48 Wahlkreise gingen an die CDU.**

Am Tag danach sind die Tische vor der SPD-Fraktion schon abgebaut. Ist auch besser so, denn Extrem-Optimisten hatten ein paar Aufkleber drauf gepappt: "Kämpfen lohnt sich." 15,9 Prozentpunkte hat die SPD verloren, liegt mit 20 Prozent hinter der PDS, das Magdeburger Modell ist zerbrochen und mit ihm die Landes-SPD. Die Frage lautet, wer kehrt die Scherben auf.

Eigentlich kann es da nur einen geben: Manfred Püchel, Innenminister unter Reinhard Höppner (SPD). Und jetzt? Der promovierte Chemiker ist der beliebteste Politiker im Land, als einziger SPD-Mann rang er der CDU ein Direktmandat ab. Nicht einmal Höppner hatte seinen Wahlkreis verteidigen können. Klar, dass Püchel jetzt mit der Frage bedrängt wird, ob er die geschlagene Partei als Fraktions- und Landeschef führen werde: "Ich habe bis gestern noch geglaubt, dass ich Innenminister bleibe", antwortet er mit bleichem Gesicht und tonloser Stimme auf den Fluren des Landtags, "da werden Sie mir schon noch ein paar Stunden Zeit geben müssen, bis ich entscheide, welche Aufgaben ich übernehmen werde."

Im Übrigen, fügt er an, hätten da sowieso die Parteigremien das Sagen. Im Flügelkampf der SPD war Püchel der Gegenspieler Höppners, er favorisierte eine große Koalition. Die parteirechte "Neue Mitte" drängte ihn deshalb Anfang Januar, gegen Höppner im Kampf um den ersten Listenplatz anzutreten. Er tat es nicht. Ein öffentlich zur Schau gestellter Putsch hätte auch nicht zu ihm gepasst.

In allem bot Püchel sich als Gegenentwurf zu Höppner geradezu perfekt an. Püchel, im beschaulichen Etgerleben bei Magdeburg geboren und dort noch immer zu Hause, galt als jovial, kontaktfreudig, witzig. Die offene Auseinandersetzung mit Höppner mied er stets, intern aber war das Verhältnis zuletzt zerrüttet. Jetzt ist Höppner weg und mit ihm der Kontrast, der Püchel innerparteilich und landesweit zum Strahlen brachte. Der volksnahe Mann muss jetzt entscheiden, ob er eine völlig neue Aufgabe bewältigen kann: Er müsste integrieren, statt die Interessen eines Parteiflügel zu vertreten. Lange wird er jedoch nicht überlegen können. Schon am Wahlabend schickte die Partei Püchel vor, das Debakel zu erklären, nachdem Höppner das Feld geräumt und alle Interviews abgesagt hatte. Püchel hielt sich wacker. Die Bürger hätten "Angst davor gehabt, dass es eine rot-rote Koalition gibt", sagte er. Dass es "auf Dauer keinen Platz im Land für zwei linke Parteien" gebe. Vor dem Hintergrund, dass die PDS immerhin um 0,8 Punkte zulegen konnte und nun knapp vor SPD liegt, klingt so ein Satz unfreiwillig bedrohlich - für die SPD.

**Ende der Flügelkämpfe und Erneuerung gefordert**

**Püchel: Landes- und Fraktionsvorsitz soll in einer Hand bleiben**

Von Gerhard Gunkel, mz-web.de, 23.04.02

**Magdeburg/MZ.** Nach knapp zwei Stunden Schlaf fällt es Noch-Innenminister Manfred Püchel (SPD) schwer, in die Zukunft zu blicken. Die Stimme zittert etwas, die Bewegungen wirken fahrig. Die Fragen, ob er den Landes- und Fraktionsvorsitz übernehmen werde, wehrt Püchel zunächst ab. "Bis zum Wahltag bin ich davon ausgegangen, Minister zu bleiben." Über die neue Situation müsse er noch nachdenken. Dies falle ihm nicht leicht. Denn das SPD-Wahldebakel "ist für mich ein Knockout gewesen".

Die Landes-SPD sei auf einen "historischen Tiefpunkt" abgestürzt. "Wir stehen jetzt dort", sagt der SPD-Landesvize, "wo wir 1990 angefangen haben." Der Unterschied: "Wir haben jetzt eine zwölfjährige politische Erfahrung." Vor zwölf Jahren allerdings, als CDU und FDP schon einmal mit satter Mehrheit regierten, war die SPD mit Abstand stärkste Oppositionsfraktion. "Die SPD muss sich erneuern", fordert Püchel. Die Zeit der Flügelkämpfe müsse vorbei sein. Und der Minister macht deutlich, dass er beim Erneuerungsprozess an der Spitze stehen könnte. "Ich traue mir zu, die Flügel zusammenzuführen." Er fügt hinzu, dass der Landes- und Fraktionsvorsitz, nachdem Rüdiger Fikentscher seinen Rückzug angekündigt hat, in einer Hand bleiben sollten. Dies wäre nötig, "um Reibungsverluste zu vermeiden". Er wolle sich aber keinesfalls aufdrängen. "Mir geht es nicht um Macht", betont Püchel, "denn ich habe in meinem bisherigen politischen Leben schon alles erreicht, was ich wollte."

Sein Selbstbewusstsein hat Püchel nicht verloren. "Persönlich fühle ich mich nicht als Verlierer", sagt er. "Denn ich habe eine Richtung vertreten, die sich im Nachhinein als richtig erwiesen hat." Ein Bekenntnis zur großen Koalition mit der CDU rechtzeitig vor der Wahl, meint der 50-Jährige, hätte den Sozialdemokraten wohl ein besseres Ergebnis beschert. Püchel verweist darauf, dass er für seine Haltung Anerkennung gefunden hat. "Ich habe meinen Wahlkreis gewonnen und war lange Zeit populärster Minister."

In ihre künftigen Oppositionsrolle müsse die SPD Profil gewinnen - auch und gerade gegenüber der PDS. "Ich bin schon seit Jahren der Meinung", sagt der SPD-Mann, "dass für zwei linke Parteien auf

Dauer keine Platz ist." Dies hätte sich jetzt wieder gezeigt. Und Püchel erwartet, dass die SPD mit einem geschärften Profil und einer konstruktiven Oppositionsarbeit wieder Zustimmung finden könne. "Kein Flügel darf aber den anderen dominieren", warnt er.

Das sieht PDS-Kritiker Michael Hoffmann anders. Er fordert alle SPD-Politiker mit "PDS-Anbieterkurs" auf, von ihren Ämtern und Funktionen zurückzutreten. Hoffmann nennt Fikentscher die Ministerinnen Katrin Budde, Gerlinde Kuppe, Verkehrsminister Jürgen Heyer, Fraktionsgeschäftsführer Jens Bullerjahn und Fraktionsvize Norbert Bischoff.

### **SPD kündigt härtere Gangart an - Schröder will Zuspitzung auf seine Person**

**Berlin/dpa.** Die SPD hat nach ihrem miserablen Abschneiden in Sachsen-Anhalt eine härtere Gangart im Bundestagswahlkampf angekündigt. SPD-Generalsekretär Franz Müntefering verglich die Niederlage seiner Partei am Montag nach einer Präsidiumssitzung mit einem «Eimer kaltes Wasser mitten ins Gesicht». Dies mache «hellwach», werfe aber die SPD nicht um. SPD-Chef, Bundeskanzler Gerhard Schröder, kündigte für die «heiße Phase» des Wahlkampfes eine Zuspitzung auf seine Person an. Der Wähler werde vor der Frage stehen: «Wollt Ihr weiter diesen Bundeskanzler oder Stoiber?».

Schröder, der sich nach der Präsidiumssitzung überraschend nicht an der Pressekonferenz beteiligte, hatte bereits vor dem Treffen vor Journalisten eine «bittere Niederlage» seiner Partei eingeräumt. Alle Analysen wiesen jedoch darauf hin, dass die Gründe in der Landespolitik zu suchen seien. Indirekt machte Schröder dafür auch Ministerpräsident Reinhard Höppner verantwortlich. Für die SPD in Magdeburg werde die Konsequenz ein «personeller Neuanfang» sein.

Höppner wollte dies vor dem Treffen des Präsidiums nicht kommentieren. Müntefering betonte allerdings nach der Sitzung, Schröder wie auch andere hätten betont, dass Höppner auch nach seinem angekündigten Rückzug aus der Landespolitik für die SPD-Spitze weiterhin ein «kompetenter Gesprächspartner» für die spezielle Situation in den neuen Ländern bleibe.

Nach den Worten von Müntefering hat sich die «Duldung» der SPD-Minderheitsregierung durch die PDS für die SPD nicht ausgezahlt. Konkrete Auswirkungen auf die SPD-PDS-Koalitionen in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern sieht Müntefering allerdings dadurch nicht. Auf Bundesebene scheide eine Zusammenarbeit mit der PDS ohnehin aus. Auch werde die SPD keinen Koalitionswahlkampf führen. Das künftige «Regierungsprogramm», das Schröder an diesem Mittwoch in Berlin nach Beratung im Parteivorstand vorstellen werde, sei «ein Programm der SPD» - und kein Koalitionsprogramm.

Es bleibe aber dabei, dass die SPD die Koalition mit den Grünen fortsetzen wolle - sofern dazu wieder eine ausreichende Mehrheit erzielt werde, unterstrich Müntefering. Nach Aussage Schröders wird die Regierungskoalition nach diesem Ergebnis noch enger zusammenrücken und bis zum Ende der Wahlperiode «solide durchziehen».

Müntefering machte für die Wahlniederlage seiner Partei auch die «Rote-Laterne-Kampagne» der Union in Sachsen-Anhalt verantwortlich. Eine solche «Miesmacher- und Stimmungskampagne jenseits von Fakten» wolle der Unions-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber nun offensichtlich auch auf das gesamte Bundesgebiet ausdehnen. «Stoiber ist dabei, den Wirtschaftsstandort Deutschland schlecht zu reden», sagte Müntefering. Dies werde aber auf Bundesebene nicht gelingen.

### **Bündnis 90/Die Grünen**

#### **GRÜNE - Undine Kurth: "Wir wurden im Vorfeld totgeschrieben"**

volksstimme.de, 23.04.02

Magdeburg, "Blue": Gedämpfte Stimmung herrschte bei der Wahlparty der Grünen. In der Szenekneipe ging es nur um die eine Frage: Schaffen es die Grünen in den Landtag oder nicht? Als Punkt 18 Uhr die Prognose nur zwei Prozent für die Grünen verhieß, gab es lange Gesichter - gute Miene zum bösen Spiel. Die erste Hochrechnung einige Minuten später sagte für die Grünen noch 2,1 Prozent voraus. Die Grünen jubelten und meinten - aber eher sarkastisch - "Wenn das so weiter geht, schaffen wir es bis Mitternacht noch."

Spitzenkandidatin Undine Kurth gab unterdessen im Landtag Interviews: "In Sachsen-Anhalt standen die Zeichen auf Wechsel, aber davon haben wir Grüne nicht profitieren können." Kurth machte Umfragen und die Berichterstattung im Vorfeld für das vermutliche Scheitern der Öko-Partei an der Fünf-Prozent-Hürde verantwortlich. "Wir sind bereits im Vorfeld totgeschrieben worden."

## PDS

### PDS - Petra Sitte: "Starke Oppositionspolitik mit der SPD"

volksstimme.de, 23.04.02

Magdeburg, "Der Fan". Die T-Shirts mit dem Konterfei vom kubanischen Revolutionär Che Guevara flattern in der Abendsonne. Vor dem roten Wahlkampfmobil der PDS werden Andenken verkauft. Doch besonders gut läuft das Geschäft nicht. Nur eine Handvoll Sozialisten hat sich um 17 Uhr in der Magdeburger Sportkneipe "Der Fan" zur Wahlparty eingefunden. Eine Stunde später werden es doch noch knapp 100 Gäste.

Als um 18 Uhr die erste Prognose der PDS einen leichten Zugewinn bescheinigt, stellt sich Applaus trotzdem nur zögerlich ein. Zu tief sitzt der Schock über die 18 Prozent der SPD. Magdeburgs PDS-Stadtvorsitzender Hans-Werner Brüning: "Dass die so erdrutschartig abstürzen, damit habe ich nicht gerechnet." 18.15 Uhr. Die erste Hochrechnung sieht die Schill-Partei bei unter fünf Prozent. Nun kommt doch noch ein bisschen Partystimmung auf. Angela Sulies juchzt lauthals wie ein Teenager. "Das wäre so toll, wenn Schill nicht in den Landtag kommt."

Am Domplatz tritt Spitzenkandidatin Petra Sitte vor die Presse. Sie macht sich bereits mit der neuen Rolle im Landtag vertraut. "Wir werden mit der SPD gemeinsam eine starke Oppositionspolitik machen. Ich könnte mir dabei sehr gut vorstellen, die Opposition als Fraktionschefin anzuführen."

### Ergebnis der PDS wird durch Niederlage der SPD überschattet

mz-web.de, 23.04.02

**Magdeburg/MZ/hak.** Petra Sitte hatte schon eine düstere Vorahnung, als sie kurz vor der ersten Wahlprognose die PDS-Wahlparty in der Magdeburger Football-Kneipe "Der Fan" verließ, um zur so genannten Elefantenrunde in den Landtag aufzubrechen. "Wenn es eine CDU/FDP-Regierung geben sollte, dann haben wir trotzdem in jedem Fall unser Tor geschossen", sprach sich die PDS-Frontfrau in Sachsen-Anhalt Mut zu. Der Regierungswechsel würde in diesem Falle doch nur zeigen, "wie schlecht die SPD aufgestellt war". Die PDS jedenfalls habe "ihr Möglichstes gegeben".

Das fanden auch viele der rund 50 PDS-Anhänger, die sich zum Feiern eingefunden hatten. "Ich hoffe, dass aus der Tolerierung jetzt eine Koalition mit der SPD wird", meinte Sonderschullehrerin Angela Bartz aus Halle. Doch zum Feiern gab es dann wenig Grund: Die Hochrechnungen schickten die SPD tief in den Keller, die PDS gewinnt leicht dazu. Aus der Traum von einer rot-roten Koalition. Kopfschütteln, dann Zweckoptimismus: "Die PDS hat zugewonnen und wir sind zweitstärkste Partei", sagt die 53-Jährige Irene Zimmermann. "Wir sind nicht abgewählt worden. Wir haben gute Arbeit geleistet." Und jetzt? "Jetzt müssen wir eben als starke Opposition darum kämpfen, dass CDU und FDP nicht zuerst an Sozialleistungen, Kultur und Bildung sparen", sagt die Magdeburgerin.

Ein älterer PDS-Anhänger hat sich schnell von der Überraschung erholt: "Von wegen Höppner geht, die Arbeit kommt", zitiert er einen FDP-Wahlslogan. "Jetzt sollen die mal zeigen, woher neue Arbeitsplätze kommen sollen", posaunt er in die laufenden Fernsehkameras. Aber es klingt nicht wirklich kraftvoll. Eher wie die PDS-Luftballons in einer Kneipen-Ecke, aus denen jemand die Luft herauslässt.

### PDS will Selbstbewusstsein von FDP übernehmen

22.04.2002 Sachsen-Anhalt, Landtagswahl:

Berlin - Die PDS will im Wahlkampf von der FDP abschreiben. Keine politischen Inhalte, sondern eine Art Verkaufsstrategie. Bis zum Wahlabend in Sachsen-Anhalt am Sonntag hätten fast alle darüber gelacht, dass sich die FDP-Spitzenkandidatin und Generalsekretärin Cornelia Pieper um das Amt der Ministerpräsidentin bewarb. Nach dem Erfolg von 13,3 Prozent der Stimmen (1998: 4,2) sieht die Lage nun anders aus, findet PDS-Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch. Die PDS solle von den Freidemokraten lernen, wie man selbstbewusst auftritt. Nur wie sie das anstellen wird, kann Bartsch am Montag in Berlin noch nicht sagen. Denn im selben Atemzug, wie er seiner Partei mehr Selbstbewusstsein verordnet, mahnt er, der Wiedereinzug der PDS in den Bundestag sei noch nicht geschafft. Die PDS, die 1998 auf 5,1 Prozent kam, strebt «6 Prozent plus X» an. Die FDP, die damals 6,2 Prozent erzielte, gibt dagegen die Losung von 18 Prozent der Stimmen aus. Auch insofern liegen

zwischen FDP und PDS noch Welten. Zur möglichen Kanzlerkandidatur von FDP-Chef Guido Westerwelle sagt Bartsch schließlich nur: «Man kann es auch übertreiben.» Für die PDS ist der Wahlausgang in Sachsen-Anhalt im Grunde eine Enttäuschung. Zum einen dürfte sie sich einen größeren Zuwachs als von 19,6 auf 20,4 Prozent erhofft haben. Zum anderen sah sie sich bereits - nach Mecklenburg-Vorpommern und Berlin - in der dritten Landesregierung als Partnerin der SPD. Damit wäre auch die Debatte um ein solches Bündnis im Bund weiter angeheizt worden, was die Position der PDS im Bundestagswahlkampf vermutlich weiter gestärkt hätte. Nun ist die PDS für acht Jahre Tolerierung der SPD- Minderheitsregierung nicht mit der Regierungsmacht belohnt worden. Im Gegenteil, die SPD macht das vom heutigen PDS-Bundestagsfraktionschef und damaligen PDS-Landesvorsitzenden Roland Claus mitinitiierte Modell mitverantwortlich für ihre Niederlage. Das schmerzt die Sozialisten. In der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten lautet eine Devise nun: «Wir werden der SPD nichts schenken können.» Mit dieser Landtagswahl sei endgültig die These der «Entzauberung der PDS» ad absurdum geführt worden, sagt Bartsch. Er stellt aber auch noch einmal klar, dass der PDS ein Kanzler Gerhard Schröder (SPD) wesentlich lieber als ein Kanzler Edmund Stoiber (CSU) sei. So beschreibt Sachsen-Anhalts Spitzenkandidatin Petra Sitte als «geborener Ossi» Stoiber als einen Politiker, «der im Osten mal vorbei geschaut hat, sich aber unwohl und fremd fühlt».

Schnell bemüht sich Bartsch auch, dass nicht auch noch die beiden anderen rot-roten Koalitionen im Osten Schaden nehmen. Sie seien von dem Wahlausgang in Sachsen-Anhalt nicht betroffen, sagt er und versucht, eine negative Stimmung im Keim zu ersticken.

### **Zur PDS gibt es jetzt ein interessantes Material der Konrad-Adenauer-Stiftung:**

**Arbeitspapier** herausgegeben von der  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Nr. 63 Viola Neu  
**Die PDS zwischen Utopie und Realität: Bundestagswahlprogramm  
und Regierungsbeteiligung in den Ländern**  
Sankt Augustin, April 2002  
ISBN 3-933714-05-2  
**zum Download** unter: [http://www.konrad-adenauer-stiftung.de/db\\_files/dokumente/arbeitspapiere/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_337.pdf](http://www.konrad-adenauer-stiftung.de/db_files/dokumente/arbeitspapiere/7_dokument_dok_pdf_337.pdf)

### **Schill-Partei**

#### **Schill-Partei bleibt «Hamburgensie»**

volksstimme.de

Hamburg - Die Schill-Partei hat ihren selbstverordneten Test für die Bundestagswahl nicht bestanden. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat ihren überregionalen Ambitionen einen Dämpfer versetzt. Der Traum, ihren Hamburger Wahlerfolg von fast 20 Prozent zu wiederholen, ging nicht in Erfüllung. Damit bleibt die Partei Rechtsstaatlicher Offensive zunächst eine «Hamburgensie».

Parteichef Ronald Schill empfahl seiner Partei, am 22. September nicht bundesweit anzutreten. Es gilt als unwahrscheinlich, dass sich der Parteitag am 11. Mai anders entscheidet. Schill fürchtet, er könne «Steigbügelhalter von Herrn Schröder und den Grünen» werden. Denn der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde ist für die knapp zwei Jahre junge Partei offensichtlich nicht zu schaffen.

Schill warnt die rund 6000 Parteimitglieder vor allem außerhalb Hamburgs schon länger davor, überhastet im Bund anzutreten: «Wir brauchen etwas mehr Zeit, um uns zu positionieren.» Neben dem organisatorischen und finanziellen Kraftakt plagen die Partei vor allem Personalsorgen. Schon der verpasste Einzug in den Landtag in Magdeburg hat die Problematik aufgezeigt. Parteiforscher sehen vor allem das Misstrauen der Wähler gegenüber dem umstrittenen Spitzenmann und Klinikunternehmer Ulrich Marseille als Ursache. Bei der Bundestagswahl droht der Schill-Partei Gefahr für ihr Image als «Stimme rechtschaffener Bürger». Schill fürchtet, dass sich angesichts noch nicht ausreichender Organisation Extremisten «mit einer falschen Legende» aufstellen lassen könnten. «Wir können es uns nicht leisten, wenn unter 50 auch nur ein Rechtsradikaler entdeckt wird.»

Die Partei Rechtsstaatlicher Offensive will den Aufbau in den anderen Bundesländern fortsetzen und am Tag der Bundestagswahl für den Landtag in Mecklenburg-Vorpommern antreten. Im kommenden Jahr könnten die Chancen in den alten Ländern wachsen. Nach Bundestagswahlen schwelle das Potenzial von «Protestwählerparteien» regelmäßig an, weiß der Bonner Parteiforscher Frank Decker. Inwieweit Schill zur Bundestagswahl für Unionskandidat Edmund Stoiber, den der Parteichef bisher

als geistigen Bruder betrachtet, werben will, ist offen. Angesichts von Stoibers moderatem Auftreten sind dem Hamburger Innensenator Zweifel gekommen: «Ich hoffe, Herr Stoiber lässt sich nicht weichspülen.»

### Schill-Partei tritt nicht zur Bundestagswahl an «Wir dürfen die Ablösung von Rot-Grün nicht gefährden»

**Hamburg/dpa.** Die Schill-Partei tritt voraussichtlich nicht zur Bundestagswahl am 22. September an. Nach dem verpassten Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt sprach sich der Bundesvorstand am Montag dagegen aus. «Wir dürfen die Ablösung von Rot-Grün nicht gefährden», sagte der Parteivorsitzende, Hamburgs Innensenator Ronald Schill, in der Hansestadt. Die Wahrscheinlichkeit dafür sei groß, dass seine Partei unter fünf Prozent bleibe und damit dem konservativen Lager entscheidende Stimmen wegnehme: «Wir möchten nicht das Risiko eingehen, der Steigbügelhalter für Herrn Schröder und die Grünen zu sein.»

Über die Teilnahme an der Bundestagswahl entscheidet endgültig ein Parteitag am 11. Mai. Der erweiterte Vorstand werde bei seiner Sitzung am Abend diesem voraussichtlich empfehlen, zur Bundestagswahl am 22. September nicht anzutreten, sagte Schill. Ob und in welcher Form die Schill-Partei im Wahlkampf Unions-Spitzenkandidat Edmund Stoiber unterstützen werde, hänge davon ab, ob dieser seiner bisherigen «kantigen Linie treu bleibt». «Ich hoffe, Herr Stoiber lässt sich nicht weichspülen», sagte Schill.

Das hinter den eigenen Erwartungen zurückgebliebene Ergebnis in Sachsen-Anhalt von 4,5 Prozent - führten Schill und Spitzenkandidat Ulrich Marseille auf den kurzen Zeitraum zwischen Gründung des Landesverbandes und der Wahl zurück. «Das ist ein Superergebnis, weil wir nur zwölf Wochen Zeit hatten, die Menschen von unserem Wahlprogramm zu überzeugen», meinte Schill. Nach Ansicht Marseilles zeigt das Ergebnis, dass «die Partei Rechtsstaatlicher Offensive deutlich in einem anderen Bundesland angekommen ist». Die Partei werde weiter hart an «der Basis arbeiten» und sich auf die Kommunalwahlen und die Landtagswahlen in vier Jahren vorbereiten.

Auch nach Ansicht des Parteienforschers Professor Frank Decker hätte die Partei bei der Bundestagswahl in diesem Jahr keine Chance. Die Wahl am Sonntag habe gezeigt, dass ihr Potenzial gerade in Ostdeutschland geringer sei als erwartet, sagte der Professor von der Universität Bonn in einem dpa-Gespräch.

### Zurechtgestutzt auf Normalmaß

Von Rainer Jung (Magdeburg), Frankfurter Rundschau vom 23.04.02

Gordon Richard Kleinau kann es noch nicht so recht glauben: "Wir haben hart für den Umschwung in Sachsen-Anhalt gekämpft", sagt der 27-jährige Student und Landtagskandidat der Schill-Partei. "Jetzt ist der Umschwung da - aber ohne uns." Im "Café Alex" in Magdeburg lernt die jüngste Partei hier zu Lande am Sonntagabend ein neues Gefühl kennen: die Niederlage. Zwar spricht Spitzenkandidat Ulrich Marseille zu später Stunde noch tapfer von einem "Achtungserfolg, nach dem sich die Grünen die Finger lecken würden". Doch natürlich ist niemand zufrieden mit einem Ergebnis von 4,5 Prozent. Als Parteigründer Ronald Schill via TV wie gewohnt gegen die "Bürgerferne" der Berufspolitiker schimpft, applaudiert der Anhang in Magdeburg, ohne dadurch aber aus seiner Ratlosigkeit erlöst zu werden. Ausgerechnet die Sachsen-Anhaltiner, denen Wissenschaftler wegen des hohen Frustpotenzials im Land eine besondere Anfälligkeit für Populisten zuschreiben, stützen die Schill-Partei.

"Richter Gnadenlos" und Co. stehen wieder auf Normalmaß da: Als zugkräftige Hamburger Lokalmatadore, die aber kein Abonnement auf den Erfolg in anderen Bundesländern besitzen. Immerhin scheiterte mit Marseille nicht irgend jemand: Der 46-Jährige ist einer der starken Männer der Partei. Als millionenschwerer Unternehmer verkörpert er die Abteilung "Wirtschaftskompetenz" bei Schills.

Doch zu schlicht war die Idee, den Hamburger samt charmanter Gattin als Botschafter aus einer besseren Welt über das arme Land ziehen zu lassen. Abgehoben, ja arrogant kam Marseille daher. Mangels Erstwohnsitz in Sachsen-Anhalt durfte er nicht mal für den Landtag kandidieren, zudem stritt er vor Gericht noch mit der alten Landesregierung um Fördermillionen.

Der flankierende Versuch, mit Kriminalitätsfurcht und Plakaten gegen "Scheinasylanten" Stimmung zu machen, brachte ebenfalls nur wenig: 12,9 Prozent der Sachsen-Anhaltiner stimmten vor vier Jahren für die rechtsextreme Phantompartei DVU. Viele von ihnen blieben diesmal zu Hause. Auch, weil ihnen die hanseatische Schill-Mischung aus betont bürgerlichem Auftritt und markigen Worten ein wenig fremd vorkam, glaubt der Hallenser Politikwissenschaftler Everhard Holtmann.

Als Konsequenz aus der Schlappe empfahl der fünfköpfige Schill-Bundesvorstand am Montag, bei der Bundestagswahl nicht anzutreten. Er sehe keine Chance, deutschlandweit über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen, sagte Parteichef Schill. Deshalb wolle er Union und FDP nicht wichtige Prozente nehmen.

Wie abrupt die Rechtspopulisten nun den Rückwärtsgang eingelegt haben, sieht man daran, dass Schill-Freund Marseille noch in der Nacht zuvor großes Interesse bekundet hatte, den Wahlkampf zu organisieren: "Ich habe Zeit, Muße und Erfahrung an der Basis." Endgültig entscheiden wird ein Bundesparteitag am 11. Mai.

## Unternehmer

### Wirtschaft begrüßt klares Votum

#### Unternehmer und Verbände setzen auf CDU/FDP-Regierung

**Magdeburg/Halle/MZ.** Das deutliche Votum für einen Machtwechsel in Sachsen-Anhalt findet bei Arbeitgebern und Wirtschaftsverbänden ein positives Echo. Arbeitgeberpräsident Helge Fänger spricht von einer "großen Chance" für das Land und drängt wie andere Unternehmer auf rasches Handeln. Dagegen stehen Gewerkschaften einer möglichen CDU/FDP-Regierung skeptisch gegenüber. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi trauen einer bürgerlichen Koalition in Magdeburg nicht zu, für die Interessen der Arbeitnehmer einzutreten. "Ich rate der CDU dringend zu einer großen Koalition mit der SPD", sagt DGB-Landeschef Jürgen Weißbach. Dies sei für die Konsolidierung und Sanierung des Landes der zuverlässigste Weg. Auch Verdi-Landesbezirksleiter Jürgen Schenk wäre mit der schwarz-gelben Variante nicht so glücklich und plädiert für die große Koalition. Er sorgt sich vor allem um die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und warnt vor einem drastischen Personalabbau. "Das kann man nicht mit der Rasenmäher-Methode machen", mahnt Schenk und will allenfalls geringe Stellenreduzierungen akzeptieren.

Fänger hingegen erwartet von der neuen Landesregierung deutliche personelle Einschnitte in der Verwaltung. Das Land müsse seine Schulden verringern, um finanzielle Spielräume zurückzugewinnen und wieder handlungsfähig zu werden. Zudem müsse der Mittelstand wieder stärker ins Zentrum der Wirtschaftspolitik gerückt werden.

Der Präsident der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau, Albrecht Hatton, schöpft nach der Wahl Hoffnung auf eine wirtschaftspolitische Kurskorrektur in Sachsen-Anhalt: "Eine Regierung der Mitte und der Vernunft kann die Signale auf Zukunft stellen."

Hatton hatte im November vergangenen Jahres zu den 47 Unterzeichnern des Offenen Briefes an Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD) gehört. In dem vom 1. Wirtschaftsforum verabschiedeten Schreiben hatten Unternehmer, Manager, Banker und Wirtschaftswissenschaftler ihre tiefe Sorge über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bekundet und gefordert, in Sachsen-Anhalt ein Klima für erfolgreiches unternehmerisches Handeln zu schaffen. Diesem ersten Treffen von Spitzenvertretern der Wirtschaft folgte nunmehr ein zweites. In dessen Ergebnis wurde unten stehendes Kommuniqué formuliert.

Die darin enthaltenen Positionen treffen auch im Handwerk auf breite Zustimmung. Willi Schlegel, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Halle, verweist darauf, dass allein im vergangenen Jahr 450 Betriebe und rund 10000 Stellen verloren gingen. "Wir brauchen ein Aufbruchsignal", meint Schlegel und fügt an, dass das Wahlergebnis die Hoffnung darauf wecke. Sowohl CDU als auch FDP hätten sich im Wahlkampf als Parteien der Wirtschaft und des Handwerks präsentiert. Daran müssten sie sich jetzt messen lassen.

Kernforderungen des Handwerks seien die Senkung der Steuer- und Abgabenlast - hierfür müsse auf Bundes- und Landesebene gewirkt werden -, die Erhöhung der öffentlichen Investitionen, ein forciertes Kampf gegen die Schwarzarbeit und ein wirksames Gesetz gegen die schlechte Zahlungsmoral. Der Landesbauernverband setzt auf den fairen Umgang, den die CDU stets mit dem Berufsstand geübt habe. Verbandspräsident Werner Gutzmer sieht umgekehrt in der Agrarpolitik des letzten Jahres auch einen Grund für das Scheitern der bisherigen Regierung. Die SPD habe dieses Feld auf Bundesebene den Grünen überlassen. Das habe wohl auf die Partei im Land zurückgeschlagen. Übereinstimmend drängen die Wirtschaftsvertreter eine neue Regierung zu raschen Entscheidungen zu jenen Fragen, die seit Jahren von Unternehmen angesprochen würden. Arbeitgeberpräsident Fänger: "Die Menschen erwarten, dass sich schnell etwas ändert."

#### Kommuniqué des 2. Wirtschaftsforums an die Politik

Unternehmer, Wissenschaftler und Banker aus Sachsen-Anhalt erwarten eine neue wirtschaftspolitische Perspektive in unserem Land. Der Schwung der ersten Jahre nach der Wende ist allgemein spürbar zurückgegangen, deshalb brauchen wir eine neue nachhaltige Aufbruchstimmung. In den Mittelpunkt künftiger Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt gehören:

- Es ist zu erreichen, dass das Land Sachsen-Anhalt höhere Anreize für künftige Investoren und Interessenten nicht nur aus der Bundesrepublik, sondern aus ganz Europa und darüber hinaus schafft. Daher ist im Landeshaushalt der Anteil für Investitionen künftig zu erhöhen.
- Selbstständigkeit ist zu fördern; dafür ist ein fruchtbares Klima für Unternehmertum erforderlich.
- Das Ansiedlungsmanagement benötigt mehr Professionalität.
- Die Förder- und Genehmigungspraxis sollte weiter entbürokratisiert werden.
- Wir wünschen uns einen beschleunigten Ausbau der Infrastruktur in den Städten und Gemeinden.
- Die Kommunikation zwischen Politik und Wirtschaft ist zu vertiefen. Es darf keine Tabuthemen im Dialog zwischen Politik und Wirtschaft geben. Auch Tarifpolitik und Landeshaushalt gehören auf die Tagesordnung.
- Um den neuen Erfolgskurs halten zu können, ist erforderlich:
- Für wirtschaftspolitisch bedeutsame Positionen im Land sind einschlägig erfahrene Persönlichkeiten zu gewinnen.
- Es muss eine klare wirtschaftspolitische Konzeption geben, die erkennen lässt, auf welchem Wege Sachsen-Anhalt in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa zu einer erfolgreichen und modernen Region aufsteigen will. Neue Zeichen sind zu setzen.

#### **IHK-Chef Hieckmann: Wirtschaft erwartet Aufbruchstimmung**

volksstimme.de, 23.04.02

Magdeburg - Nach Ansicht des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Magdeburg (IHK), Klaus Hieckmann, muss nach der Landtagswahl eine Aufbruchstimmung erzeugt werden: "Wir haben jetzt eine gute Chance, nach vorn zu kommen", sagte Hieckmann. Die Konzepte der Wahlsieger CDU und FDP müssten nun in Taten umgesetzt werden.

Besonders wichtig sei es, der schlechten Stimmung im Land zu begegnen, die nicht immer der wirklichen Lage entspreche. Dabei sei die IHK zu konstruktivem Mitwirken bereit. Die Sachlichkeit des CDU-Spitzenkandidaten Wolfgang Böhmer sei in der Wirtschaft gut angekommen, sagte der IHK-Präsident. Als Sofortmaßnahme forderte er, das Image des Unternehmers im Land zu verbessern.

In der Ansiedlungspolitik müssen nach Hieckmanns Auffassung neue Akzente gesetzt werden. Notwendig sei eine aktivere und viel stärker international ausgerichtete Investorenwerbung. "Im Moment gibt es niemanden, der sich im Ausland mit voller Kraft um Investoren für Sachsen-Anhalt bemüht und auf die noch vorhandenen guten Förderbedingungen hinweist", sagte der IHK-Präsident. Die bereits vorliegenden zahlreichen Anträge auf Investitionsförderung müssten schnellstmöglich in Projekte umgesetzt werden. Internationale Kontakte sollten verstärkt genutzt werden, um den Export auszubauen.

Im Dezember des vergangenen Jahres hatte sich Hieckmann noch erfreut über die Gespräche der Wirtschaft mit Ministerpräsident Reinhard Höppner (SPD) geäußert. Zudem nahm er Wirtschaftsministerin Katrin Budde (SPD) vor Angriffen der Schill-Partei, sie sei nur eine "Praktikantin", in Schutz.

#### **Ausblick: Bundestagswahl**

#### **Westerwelle im Redaktionsgespräch: Niedrige Steuern schaffen Arbeit**

volksstimme.de, 19.04.02

Magdeburg - Zu einer Koalitionsaussage war Guido Westerwelle nicht zu überreden. "Ich definiere mich nicht über mögliche Koalitionspartner. Wir treten für unsere Ziele an", sagte der FDP-Chef im Redaktionsgespräch mit der Volksstimme.

Der FDP-Chef lässt sich festnageln: Die Liberalen werden am Sonntag den Wiedereinzug in den sachsen-anhaltischen Landtag feiern, versprüht Westerwelle Optimismus: "Wir wollen so stark werden, dass wir mit einer der beiden großen Parteien eine vernünftige Koalition bilden können", sagt er. Welche ihm als Partner lieber wäre, sagt er nicht. Letztlich sei wichtig, mit wem liberale Ziele besser erreichbar wären. Das gelte für das Land wie für den Bund. Für ihn ist sicher: "Ob Schwarz-Gelb oder Rot-Gelb - beides ist besser als Rot-Grün, erst recht mit der PDS als Reserverad." Westerwelle ist in ernster Sorge, weil in Sachsen-Anhalt eine rot-rote Regierung möglich ist. Das "macht mir mehr Sorgen als die Marseille-Partei", sagt der Liberale. Die Schill-Truppe verpasse den Einzug in den Landtag, weshalb Stimmen für die Partei Rechtstaatliche Offensive auch verlorene Stimmen seien. "Wer den Wechsel will und Marseille wählt, der verschenkt seine Stimme für den Wechsel", argumentiert Westerwelle.

Und dann zieht er gegen die Sozialdemokraten zu Felde. Bei denen herrsche in der Frage des strategischen Weges ein "heilloses Durcheinander". Überall bei der SPD gebe es kontroverse Diskussionen über die strategische Ausrichtung. Dies sei der Grund, warum er es für möglich halte, "dass Sozialdemokraten auch bereit wären, einen PDS-Ministerpräsidenten in Sachsen-Anhalt zu akzeptieren". Das sei auch der Grund, warum er es für möglich halte, "dass die Sozialdemokraten im Bund auch bereit wären, Rot-Grün von der PDS dulden zu lassen". Das strategische Ringen in der SPD sei noch nicht entschieden, meint Westerwelle.

Aber eines steht für den FDP-Chef fest: Wo die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Grünen oder der PDS gehen, begeben sie sich auf "abschüssige Ebenen".

Westerwelle indes präsentiert seine Partei als optimistische Zukunftskraft, als Partei der Bildung und der Steuersenkung. Bei den Steuern sieht Westerwelle grundlegende Gegensätze zu seinen potenziellen Bündnispartnern. "Stoiber und Schröder sagen, wir können uns Steuersenkungen nicht leisten. Die FDP sagt, wir können es uns nicht leisten, auf Steuersenkungen zu verzichten", beschreibt Westerwelle den Unterschied.

Die Liberalen betrachten Steuersenkungspolitik als das beste Beschäftigungsprogramm. Obendrein verringerten sinkende Steuern Haushaltslöcher, meint Westerwelle. "Wer Steuern senkt, konsolidiert die Staatsfinanzen", sagt er und sieht sich mit dieser These in Europa in "allerbesten Gesellschaft". Die Länder, die Steuern gesenkt haben, erwirtschafteten heute Haushaltsüberschüsse, so Westerwelle. Dort streite man darüber, wie man die "Milliarden Euro Überschüsse besser verteilen soll". In Deutschland indes nehme das Steuersystem Dynamik aus der Wirtschaft. Den Menschen bliebe vom Brutto weniger Netto übrig. Das sei nicht das Phänomen einiger Reicher, das betreffe auch Menschen mit niedrigen Einkommen und Familien mit Kindern.

"Die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die sagt: wenn du die Steuern senken willst, musst du die Abgaben erhöhen, oder wenn du die Abgaben senken willst, musst du die Steuern erhöhen, ist gescheitert", resümiert der Politiker. Das sei dramatisch in den vergangenen drei Jahren gewesen. Aber auch in Jahren zuvor, in denen die FDP im Bund mitregierte, sei dieser Fehler gemacht worden, übt Westerwelle leise Selbstkritik. Diese Irrtümer wollen die "personell und inhaltlich neu aufgestellten" Liberalen korrigieren. "Ich werde einen Koalitionsvertrag nach den Bundestagswahlen im Herbst nur unterzeichnen, wenn darin ein niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem vereinbart worden ist", verspricht Westerwelle.

## Familienpolitik

Märkische Allgemeine

### 19.04. MEHR BETREUUNG UND MEHR GELD: DIE PARTEIEN ZUR FAMILIENPOLITIK

#### Ein Herz für Kinder

*Lange Zeit eher als Randthema betrachtet, wird die Familienpolitik im Wahljahr immer wichtiger. Alle Parteien versprechen, die Finanzausstattung von Familien zu verbessern und parallel dazu auch die Tagesbetreuung von Kindern zu verbessern - letzteres vor allem in den alten Ländern. Die MAZ dokumentiert die Forderungen der im Bundestag vertretenen Parteien.*

#### SPD

Die Sozialdemokraten wollen das Angebot an Krippen, Kindergärten, Horten und Ganztagschulen deutlich ausweiten und so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Zusammen mit den - für diesen Politikbereich eigentlich zuständigen - Bundesländern will die SPD ein "Zukunftsprogramm

Bildung und Betreuung" auflagen. Dieses Programm soll in den nächsten vier Jahren mit jeweils einer Milliarde Euro gefördert werden.

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) fordert, die Ganztagschule in den nächsten Jahren schrittweis zur Regelschule zu machen. Damit könne auch der durch die PISA-Studie offensichtlich gewordene Bildungsnotstand in Deutschland behoben werden.

Außerdem will die SPD das Kindergeld weiter schrittweise erhöhen. Die Größenordnung bleibt einstweilen jedoch offen. Zur Finanzierung soll es Einschnitte beim Ehegatten-Splitting geben.

### **Bündnis '90/Die Grünen**

Die Grünen wollen durch eine Kindergrundsicherung das Abrutschen von Eltern unter die Armutsschwelle verhindern. Einkommensschwache Familien sollen einen Zuschlag zum Kindergeld bekommen.

Verschiedene Leistungen für Kinder sollen in einer Kinderkasse gebündelt werden. Die Betreuung in Kindergärten soll kostenlos sein, das Angebot an Ganztagschulen ausgebaut werden. Auch im Steuerrecht sollen Familien weiter begünstigt werden. So fordern die Grünen die steuerliche Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten ab dem ersten Euro. Sie selbst beziffern die Kosten für ihre Forderungen auf rund fünf Milliarden Euro pro Jahr. Finanziert werden soll dies ebenfalls über Einschnitte beim Ehegatten-Splitting, wobei die Grünen weiter gehen wollen als die SPD.

### **CDU/CSU**

CDU und CSU wollen ab 2003 ein einheitliches, einkommensunabhängiges Familiengeld einführen. Es soll für die ersten drei Lebensjahre 600 Euro im Monat pro Kind betragen. Danach soll bis zum Alter von 18 Jahren gezahlt werden, zunächst 200 Euro, später dann 300 Euro. Das Geld soll über eine Familienkasse ausgezahlt werden. Die Union spricht von Mehrausgaben von rund 20 Milliarden Euro in der nächsten Legislaturperiode. Die Kosten sollen durch mehr Beschäftigung, Kürzungen bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe und durch eine wachstumsorientierte Politik gedeckt werden. Es gibt allerdings Stimmen auch innerhalb der Union, die vor zu großen Versprechungen warnen.

### **FDP**

Die FDP möchte Familien vor allem über die Steuerpolitik besser fördern. So fordert sie die Freistellung des Existenzminimums mit einem einheitlichen Grundfreibetrag bei der Steuer von 7500 Euro für jeden Bürger, Kinder eingeschlossen. Mittelfristig sollen Kinder- und Erziehungsgeld sowie steuerliche Freibeträge zu einem "Familiengeld" zusammengeführt werden. So genannte Kita-Cards für die Eltern sollen das Angebot der Betreuungsplätze verbessern.

Halbtägige Kinderbetreuung zwischen dem 3. und 6. Lebensjahr soll kostenlos angeboten werden. Ganztagschulen sollen für alle Schultypen angeboten werden. Die FDP-Programmkommission will ihre Vorstellungen bis nächste Woche noch präzisieren.

### **PDS**

Die PDS will das Kindergeld mittelfristig auf ein existenzsicherndes Niveau anheben. Dies soll im ersten Schritt 210 Euro betragen. Der Kinderfreibetrag soll abgeschafft werden.

Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen und öffentlich geförderte Freizeitangebote will die PDS langfristig beitragsfrei anbieten. Soziale Wohnraumförderung soll sich auf Familien mit Kindern konzentrieren.

Für Erwerbstätige, die ein Kind bis zum Alter von 14 Jahren versorgen, fordert die PDS den persönlichen Anspruch auf Freistellung in Form eines Zeitkontos von zwölf Monaten, in der eine Lohnersatzleistung gezahlt wird. Für weitere sechs Monate Freistellung soll eine Grundsicherung gezahlt werden.

### **Zur aktuellen Stimmungslage zu empfehlen:**

**Arbeitspapier** herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Nr. 64

Jutta Graf: **PolitikKompass Stimmungstief für die Regierung hält an Regierungszufriedenheit geht weiter zurück**, Sankt Augustin, April 2002

[http://www.konrad-adenauer-stiftung.de/db\\_files/dokumente/arbeitspapiere/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_338.pdf](http://www.konrad-adenauer-stiftung.de/db_files/dokumente/arbeitspapiere/7_dokument_dok_pdf_338.pdf)